

Einzelpreis 70 Heller.
Redaktion und
Verwaltung:
Prag II., Dabitz
straße 22.
Telefon 6795,
nachts 6797.
Telegraphen-Adresse:
Sozialdemokrat Prag.
Postfachamt 57544.
Anzerate werden laut
Tarif billigt berechnet.
Bei Oster- und
festlichen Preisnachlass.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen
Bei Zustellung ins
Haus oder bei Bezug
durch die Post
monatlich . . . 16—Kč,
vierteljährlich 48—Kč,
halbjährlich . . . 96—Kč,
jährlich . . . 192—Kč.
Für Deutschland
monatlich 100—GK, für
Deutschland 40—Mk.
Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

1. Jahrgang.

Mittwoch, 14. Dezember 1921.

Nr. 89.

Das Referat Dr. Czechs auf dem Parteitag.

Die parlamentarische Tätigkeit, die politische Situation und unsere nächsten Aufgaben.

Der zweite Verhandlungstag.

Vorsitzender Genosse Págl eröffnet um 9 Uhr vormittags die Montagsverhandlungen, teilt mit, daß zwei Begrüßungstelegramme eingelangt sind und zwar von der sozialdemokratischen Landesorganisation der Bukowina, welche den Beratungen den besten Erfolg wünscht und vom Genossen Senator Stark, der ebenfalls dem Parteitag den besten Erfolg wünscht. Genosse Stark ist krankheitshalber am Erscheinen verhindert. Dann erteilt der Vorsitzende dem Berichterstatter Gen. Czech das Wort.

Genosse Dr. Czech:

Wertes Parteitag! Aus den Berichten, die Sie kennen, werden Sie sehen haben, daß unsere parlamentarische Tätigkeit ein getreues Bild der parlamentarischen Schwierigkeiten in diesem Staate ist. Taran will ich antworten. Ich will Ihnen die schier ungläublichen Schwierigkeiten darlegen, unter denen wir in diesem Parlament arbeiten müssen. Sofort nach Konstituierung des Staates setzte die Gegenrevolution ein. Ihre Spuren finden wir in der Verfassung. Schon die bloße Tatsache, daß die Republik nicht die Kraft aufbrachte, eine Konstituante zu wählen, zeigt, daß ihr das imperialistische Gift tief in den Knochen sitzt. Am deutlichsten wird der Erfolg der Gegenrevolution darin sichtbar, daß sie es verstanden hat, sich vom Revolutionskonvent alle Attribute des Absolutismus zu lassen. Dies zeigt sich schon in dem Beschluß auf Schaffung des Zweikammersystems, das ein wahres Weigewicht ist, im ganzen politischen und parlamentarischen Leben dieses Staates. Es zeigt sich aber auch in der Einrichtung des Ständigen Ausschusses, dieses Parlaments-surrogates für die parlamentslose Zeit, vor allem aber in den Ausnahme- und Ermächtigungsgesetzen, die der Regierung alle Machtvollkommenheit in die Hand legen und es ihr ermöglichen, ein widerspenstiges Parlament einfach nach Hause zu schicken. Das erste Gesetz vom 4. April 1920 trifft Vorkehrungen für den Krieg und für den Fall der Bedrohung der Integrität des Staates, der Staatsform, der Verfassung, der öffentlichen Ruhe und Ordnung. Es ermächtigt die Regierung, in diesem Falle die staatsbürgerlichen Rechte aufzuheben, den Ausnahmezustand zu dekretieren und das Ständerecht zu proklamieren. Das zweite Gesetz, vom 15. April 1920 trifft Vorkehrungen, für den Fall der Gefährdung der Rechtsprechung der Geschworenengerichte durch gewisse äußere Einflüsse und Ereignisse und ermächtigt die Regierung, in diesem Falle die Aufhebung der Wirksamkeit der Geschworenengerichte zu verfügen. Das dritte Gesetz, das bekannte Ermächtigungsgesetz vom 15. April 1920, gibt der Regierung Vollmacht zu allen notwendigen Vorkehrungen, zur Regelung der durch den Krieg hervorgerufenen Ereignisse, sowie im Falle eines mit der parlamentarischen Erledigung verbundenen, der Woche „abträglichen Aufschubes“. Alle diese absolutistischen Machtvollkommenheiten sind jedoch nicht bloß auf die parlamentslose Zeit beschränkt. Die Regierung ist vielmehr auch berechtigt, während der Tagung von diesen Ausnahmevorschriften und Ausnahmeverfahren Gebrauch zu machen. Auch sonst hat die Regierung von den Ausnahmevorschriften ausgiebigsten Gebrauch gemacht, von dem Ermächtigungsgesetz in hunderten von Fällen. Wohl sind alle auf Grund dieses Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verfügungen zeitlich beschränkt, wohl unterliegen sie der parlamentarischen Nachprüfung, doch ist es bisher in keinem einzigen Falle zu einer solchen Nachprüfung gekommen. Zumeist hat sich die Regierung

durch bloßen Widerruf der Verfügungen unmittelbar vor dem Zeitablauf dieser Nachprüfung zu entziehen verstanden. Nehmen Sie dazu, daß wir in diesem Staate noch immer das alte Vereins- und Versammlungsgesetz haben, das alte Pressegesetz, das alte Prügelpatent, das in allen Nachfolgestaaten noch weiter besteht, nur nicht im alten Oesterreich, was die Verhältnisse charakterisiert, halten Sie sich vor Augen, daß die Mobilisierung nicht das Parlament sondern der Präsident zu entscheiden hat so werden Sie zugeben, daß die Behauptung gestützt ist, daß die Demokratie dieses Staates eine Scheindemokratie ist (Zustimmung), eine potemkinsche Demokratie und daß wir auf Schritt und Tritt lebhaft an das Oesterreich erinnert werden, wobei das Vorbild zum Teil getreulich kopiert wird, zumeist aber noch übertrumpft wurde.

Das Parlamentsgetriebe.

Auch das Zweikammersystem erschwert unsere Arbeit in außerordentlicher Weise. Denn es erfordert eine Duplizität in allen parlamentarischen Betätigungen. Jede Regierungserklärung muß in beiden Kammern wiederholt jedes politische Votum in beiden Kammern abgegeben jede Regierungsvorlage, jeder Beschluß in beiden Kammern erörtert werden. Das ganze ist ein wüßtes Durcheinander. In unserem Abgeordnetenhause haben wir 20 parlamentarische Ausschüsse. Diese Ausschüsse haben in der Zeit vom 10. Juli 1920 bis zum 6. Oktober 1921, also in einem Zeitraum von einundviertel Jahr, wobei das Haus durch viele Monate nicht versammelt gewesen ist, 622 Sitzungen abgehalten. Dazu 87 Sitzungen des Abgeordnetenhauses und mitteldrein Präsidialsitzungen, Obmannkonferenzen, Beratungen von 19 parlamentarischen Klubs und dann das Parlament im Parlamente: Die „Petla“.

Ein Parlament in seiner ganzen Gliederung, voran der große Fünfkammerausschuß, dann aus der Mitte dieses Ausschusses eine fünfstöpfige Exekutive, die Petla, daneben die Unterausschüsse, die Fachausschüsse dieser Petla, der politische, der finanzpolitische, der sozialpolitische usw. Verschärft wird die Situation noch dadurch, daß die parlamentarische Atmosphäre immer mit Konfliktstoff geladen ist, was wieder extra Beratungen und separate Konsultationen notwendig machte. Dabei die Fälle des zu verarbeitenden Stoffes. In der Berichtsperiode wurden im Hause 3080 Drucke ausgegeben. Die Regierung brachte allein 184 Gesetzentwürfe ein. Der Parteieninitiativbe entsprangen 548 Gesetzentwürfe. An Ausschussberichten über Gesetzentwürfe sind im Hause 270 eingelaufen, dabei durchwegs schwierige Rechtsmaterien, komplizierte wirtschaftliche Probleme, deren reichliche Durchleuchtung und Vorbereitung schon mit Rücksicht auf die schwere Verantwortung in größter Ruhe und Vorbereitung erfolgen sollte. Dabei das Durcheinander, das Unterband an Ausschüssen, die Ausschüsse mit 6, 8, 10, manchmal 20 Verhandlungsgegenständen beladen. Die Vorlagen werden im letzten Augenblick auf den Tisch des Hauses oder der Ausschüsse geworfen, was natürlich zu einer gewissen Schleuderhaftigkeit der Arbeit führt und die Sanktionsverweigerung durch den Präsidenten notwendig macht. Zwei Fakten sollen Ihnen das bestätigen, was ich einleitend gesagt habe. Am 21. August 1921 — das Datum wollen wir uns merken — wurden im Senat der Nationalversammlung in erster Lösung, also in erster Beratung, 96 Punkte innerhalb 14 Stunden „erledigt“.

Unterchied sehen, eines sagen: das Umsatzsteuergesetz wurde im deutschen Reichstage in 16 Pausen erledigt, im Senate in einer Viertelstunde. Und damit Sie nicht glauben, daß es im Abgeordnetenhause anders zugeht, erwähne ich, daß in der letzten Sitzung der Sommertagung 32 ähnlich gewichtige Vorlagen verabschiedet wurden. In diesem Irrgarten sich zurecht zu finden, ist, wie Sie begreifen werden, schier unmöglich. Dem abseits stehenden Betrachter bietet sich ein buntdruckartiges Bild das laienhaftigartig wechselt und bei näherer Betrachtung findet man nichts als ein großes Chaos,

in welchem nicht unter zu gehen, nur sehr wenigen Glücklichen gegönnt ist. Sie ersuchen daraus, welches Aufgebot von Karlsruhligkeit, welche Anspannung der Nerven, welche Schlagfertigkeit notwendig ist, um sich durch dieses Gewirr durchzuschlagen. Doch auch das ist noch lange nicht die größte Erschwernis der Arbeit.

Seliger hat in der ersten Rede im Parlamente die Geschäftsordnung dieses Hauses der Strid um den Hals der deutschen Abgeordneten genannt. Wir können es hier aussprechen, daß es nirgend in der ganzen Welt eine Geschäftsordnung gibt, die die Opposition derart mundtot macht, wie

die Geschäftsordnung unserer Nationalversammlung.

die jede selbständige Regierung ausschließt, die jeden Widerstand von Hause aus unmöglich macht, jedes scharfe Abwehrmittel von vornherein ausschließt und unter Strafsanktion stellt, die den Präsidenten mit einer derartigen Macht stülke austattet und die auf Schritt und Tritt von Fuhangeln, Barrieren und Drahtverbauen wimmelt. Wir begreifen sehr wohl, daß es in der Abwicklung der Geschäfte einer parlamentarischen Körperschaft gewisse Einschränkungen geben muß. Solche Einschränkungen finden Sie auch in den modernsten Geschäftsordnungen. Was aber die Herren vom Nationalkonvent hier ausgebreitet haben, das übersteigt das selbst für die reaktionärsten Staaten zulässige Maß. Selbständige Anträge dürfen in unserem Hause wohl eingebracht werden, sie werden aber nur dann zur Verhandlung zugelassen, wenn sie der Initiativkommission zur Verhandlung stellt. Dieser Ausschuss, den wir

die parlamentarische Gullotine

nennen, hat folgende liebe Einrichtung: Zu dem Ausschuss, in dem sich das Schicksal des Antrages entscheidet, darf nur ein Referent und ein Korreferent zu Worte kommen. Dabei ist aber nicht dafür Vorkehrung getroffen, daß der Korreferent der Minorität entnommen wird, sondern es entscheidet über den Referenten und den Korreferenten die Mehrheit und nachdem der zumeist der Mehrheit entnommene Referent und Korreferent gesprochen hatte, muß abgestimmt werden, da nach der Geschäftsordnung jede Debatte über die Vorschläge des Referenten und des Korreferenten ausgeschlossen ist. (Hört! Hört!) Wir haben sofort nach unserem Eintritt ins Parlament einen Antrag auf Verfassungsänderung eingebracht unter dem Namen Seliger, worin wir genau die Konturen der Verfassung, wie wir sie uns vorstellen, vorgezeichnet haben. Einen ähnlichen Antrag, doch etwas allgemeiner gehalten, hatten auch die Deutschbürgerlichen durch Lodgman eingebracht. Und nun wurde im Initiativkommissionen darüber verhandelt, ob diese beiden Anträge dem Verfassungsausschuss zugewiesen und dadurch der parlamentarischen Behandlung unterzogen werden sollten. Nach der Rede des Referenten und Korreferenten wurde einfach die Verhandlung des Antrages Lodgman abgelehnt mit der Motivi-

rung, daß er zu allgemein gehalten ist und dann in der unmittelbar darauf abgeführten Abstimmung die Verhandlung des Antrages Seliger abgelehnt, weil er zu konkret abgefaßt ist. (Gelächter). Resolutionen werden, wenn sie nicht zufälligerweise zum Gegenstande gehören, zur Verhandlung nicht zugelassen und bei der Verhandlung des Budgetausschusses ist es zuletzt geschehen, daß in einer einzigen Abstimmung in einer Minute 130 Anträge im Massenrab verfenkt wurden.

Werte Parteigenossen! Die Betätigung in unserem Parlamente ist nichts anderes, als ein Kampf, ein fortwährendes Ringen mit der Geschäftsordnung. Ich möchte es als ein grobangelegtes Hindernisrennen bezeichnen. Und nun noch ein schönes Kapitelchen und das ist die parlamentarische Geschäftsprache.

Darüber, daß die Geschäftsprache das Tschechoslowakische ist, also eine eigentlich nicht existierende Sprache, brauche ich nicht viel zu sagen. Bekannt dürfte Ihnen auch sein, daß erstens alle Vorlagen nur in tschechischer Sprache überreicht werden, nicht bekannt dürfte aber sein, daß wohl jeder tschechische Abgeordnete nach der Geschäftsordnung des Hauses das Recht hat, sich die deutschen Reden durch einen offiziell bestellten Dolmetsch übersetzen zu lassen, daß aber den deutschen Abgeordneten nicht das Recht eingeräumt ist, zu verlangen, daß man ihnen die tschechischen Reden ins Deutsche übersetzt. Und so haben sich ganz merkwürdige Einrichtungen herausgebildet. Wenn doch dem einen oder anderen Vorstehenden eines Ausschusses daran gelegen war, daß die Deutschen, die zum großen Teile der tschechischen Sprache nicht mächtig sind, mit dem Gegenstand der Verhandlung vertraut gemacht und dadurch die Beratung vereinfacht und abgekürzt wird, mußte man die Sitzung schieben, dann in nichtoffizieller Sitzung die Uebersetzung durchführen und dann die Sitzung wieder aufnehmen. Oder aber mußte man — das ist eine Einrichtung, die sich in letzter Zeit herausgebildet hat — einen sogenannten Parlamentstolmetscher bestellen. Das ist ein Dolmetsch, welcher sich dort herumtreibt in der Nähe der deutschen Abgeordneten und die Aufgabe hat, den deutschen Abgeordneten ein paar Proben hinzuzufügen. Den Rest können sie sich dann denken. (Heiterkeit). Wir haben wohl eine tschechoslowakische Sprache und das tschechische ist dem Slowakischen „gleichgestellt“, aber als eines Tages der slowakische Vizepräsident des Hauses den Versuch unternahm, die Geschäfte des Hauses in tschechischer Sprache zu leiten, brach ein derartiger Sturm von slowakischer Seite aus, daß das Parlament durch eine Stunde lang stillgelegt werden mußte.

Neben den beiden Kammern des Hauses besteht eine dritte Kammer, eine camera obscura, die Petla. Sie allein hat das erste und entscheidende Wort. Die Verfügungen des Fünfkammerausschusses sind entscheidend für die Einberufung des Parlamentes, für die Dauer der Tagung, für die Festsetzung der Tagesordnung, für die Zuweisung der Arbeiten an die Ausschüsse, für den Inhalt der Vorlagen, für die Reihenfolge der Verhandlungsgegenstände, für die Abgabe von Regierungserklärungen, für die Zulassung von Debatten, über Dringlichkeitsanträge, für den ganzen Gang des parlamentarischen Geschäftes. Der Fünfkammerausschuß verhandelt mit dem Ministerpräsidenten, verhandelt mit dem Ministerrat, mit dem Präsidium des Abgeordnetenhauses, verhandelt offiziell mit den Vorsitzenden der parlamentarischen Ausschüsse, er zitiert die Referenten in seine Sitzungen und Beratungen. Hier, in diesem Parlament, in diesem zweiten Parlament, in dieser dritten Kammer, erfolgt die Einigung über Verhandlungsgegenstände, über

den Inhalt der Regierungsvorlagen und wird eine Sache an den Ausschuss verwiesen, dann darf die Vorlage überhaupt nicht mehr die leiseste Aenderung erfahren, außer sie wird wieder an den Rätenauschuss zurückgeleitet, wo dann die Aenderungen selbst genehmigt werden müssen. Hinter jedem Wort des Ministers, hinter jeder Bewegung und Regung des Ausschussvorsitzenden stehen die Drahtzieher der Koalitionsparteien. So ist dank der Konterrevolution der allnationalen Koalition das Parlament ganz an die Wand gedrückt, zu einem Schattenwesen verurteilt.

Die Demokratie in diesem Staate befindet sich derzeit auf Urlaub.

Wir stehen in diesem Staate vor einer ganz besonderen, in der ganzen Welt einzigartigen Kuriosität, einem Dreikammereystem, welches hier den letzten Rest des konstitutionalismus ausschließt und die demokratischen Einrichtungen dieses Staates zu einem Instrument der immer mächtiger werdenden nationalstaatlichen Reaktion herabwürdigt. Wir bekämpfen diesen Zustand auf das Tieftste und müssen daher unseren Kampf um die Demokratisierung dieses Staates, um die Wiederherstellung normaler parlamentarischer Verhältnisse mit aller Zähigkeit und Energie weiter führen.

Und nun ein anderes Kapitel, die Außenpolitik unseres Staates.

Die Friedensverträge, die nach dem Willen und den feierlichen Erklärungen ihrer Schöpfer der gemäßigten Menschheit den heißersehnten Frieden bringen sollten, sind die Quelle neuer Leiden geworden. Keine von den vielen Glücksbedingungen der Friedensstifter ist zugekommen. Im Gegenteil, es scheint uns, als sähen wir auf einem Vulkan. Jeder Tag kann eine Explosion bringen, an der sich ein europäischer Brand entzünden kann. Es sieht so aus, als sollte es zu einem Kampf aller gegen alle kommen. Griechenland im Kriege mit der Türkei, Italien in schwerer Fehde mit Jugoslawien, Ungarn mit Oesterreich, Rußland in schwerster Spannung mit Polen und Rumänien, Frankreich in steter Kampfbereitschaft gegen Deutschland, England in gespannter Beziehung zu Frankreich (Angora) und im Hintergrund die große Auseinandersetzung England, Amerika und Japan, der Streit um die Beherrschung des Meeres, um die Beherrschung der ganzen Welt. Die Friedensverträge sollten jedem weiteren Morden ein Ende bereiten, die Zivillisation wieder in ihre Rechte einlegen, der gemäßigten Menschheit, der arbeitenden Welt neue Hoffnung, neues Leben einflößen. Sie sind aber nur ein neuer Brandherd, sie sind nur neue Stützpunkte für imperialistische Treibereien, ein neuer Ausgangspunkt für neue Weltkatastrophen. Oesterreich liegt vollkommen erschöpft und zermürdet an Boden, fast in den letzten Zustufen und keine Macht der Welt reicht ihm die Hand, um es zu neuem Leben zu erwecken. Deutschland bricht unter der Last und Wucht der Reparationen zusammen. Noch windet es sich in Krämpfen. Kommt es aber zu einem Zusammenbruch, der vielleicht gar nicht aufzuhalten sein wird, und stürzt es nieder, dann wird es auch in den Nachbarstaaten in gleicher Weise Sieger wie Besiegte in den Abgrund mitreißen und eine Weltkatastrophe von ungeheurer Tragweite und von unausdenkbaren Konsequenzen heraufbeschwören. Aber auch in den Siegerstaaten machen sich die Folgen der wahnwitzigen Vernichtungspolitik der großen Entente in hohem Maße fühlbar. Der Tribut den Deutschland den siegreichen Staaten und vor allem Frankreich zu zahlen hat, wird den Siegern zur Katastrophe und zum Fluche. Das Freie der Arbeit lösen, die Vereinfachung der Massen in den Siegerstaaten wächst von Tag zu Tag und so können wir sagen, daß sich schließlich die imperialistische Politik der Entente nicht nur an den Besiegten, sondern auch an den Siegerstaaten rächt. Auf diese Friedensverträge ist die ganze Außenpolitik des tschechoslowakischen Staates gestellt. Der tschechoslowakische Staat verbandt den Friedensverträgen von St. Germain, Versailles und Trianon sein Dasein, darum hat auch seine Politik alle Merkmale dieser imperialistischen Tendenzen dieser Friedensverträge. Der tschechoslowakische Staat ist ein kleiner Staat mit 14 Millionen Einwohnern, er verfügt über unerschöpfliche Naturschätze und über große wirtschaftliche Reichtümer und Produktivkräfte. Er gehört zu den besten oderbaureichenden Staaten Europas. Es sind ihm zwei Drittel der gesamten Industrie des alten Oesterreich zugefallen. In diesem Staate gibt es die besten Lebensbedingungen gegenüber allen Nachbarstaaten. Würde der Staat eine vernünftige Politik betreiben, würde er sich mit den Nachbarn vernünftig zueinandersehen und vertragen, würde er sich insbesondere mit seinen eigenen Staatsbürgern vernünftig auseinandersetzen und Ordnung im Staate selbst machen, dann würde er sich wunderbar konfliktieren können. So und nur so könnte er am besten die Nachwirkungen des Krieges überwinden, so und nur so seine Staatsbürger die letzten Jahre, die hinter uns liegen, vergehen lassen. Diese Politik muß der tschechoslowakische Staat schon mit Rücksicht auf seine ungünstige strategische Lage. Nur durch eine solche Wirtschaft- und Außenpolitik, die auf die guten Beziehungen zu den Nachbarstaaten

ganz Mitteleuropas gestellt ist, kann er seine wirtschaftlichen Kräfte zur vollen Entfaltung bringen und seine Völker vor weiteren Katastrophen bewahren. Die Tschechoslowakei geht aber ganz andere Wege. Zur Sicherung der Friedensverträge hat sie die Kleine Entente geschaffen und sich so im Gegensatz gestellt zu Deutschland, Oesterreich und Ungarn. Und schon bei der ersten Konferenz hat die Kleine Entente nicht bestanden. Ich erinnere Sie nur in aller Kürze daran, daß Rumänien beim Karpaten ausgeprochen ist. Der Schaffung der Kleinen Entente sind Militärkonventionen, Schutz- und Trutzbündnisse, Staatsverträge verschiedener Art gefolgt. Das Bündnis mit Frankreich und Polen hat unser Verhältnis zu den anderen Nachbarstaaten neuerlich verschärft und einen offenen Gegensatz mit Deutschland und Rußland heraufbeschworen. Die zweifelhafte Politik gegen Rußland, die wirtschaftliche Abschließung gegenüber Oesterreich, die systematische Einkreisung Deutschlands, auf welches nahezu die Hälfte unseres ganzen Exportes fällt, werden sich noch einmal bitter rächen. Darum müssen wir sagen, daß wir gegen diese Politik die entschiedenste Verwahrung einlegen. Wir protestieren gegen alle Militärkonventionen und Staatsverträge, gegen alle Allianzen, die uns nichts anderes als Verpflichtungen auferlegen, aber nichts Positives bringen. Wir verlangen freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern, vor allem zu den Nachbarstaaten und Nachbarvölkern, vornehmlich zu Deutschland und Oesterreich. Wir verlangen die Beseitigung aller jener verfassungsrechtlichen Bestimmungen, die anderen Faktoren als dem Parlamente die Entscheidung über Staatsverträge, die Proklamierung der Mobilisierung eintäumen und wir fordern schließlich die Beseitigung der geheimen Diplomatie, welche naive Seelen mit dem Zerfall des Europa für überwinden hielten und die nun im neuen Gewande ihre Auferstehung feiern.

Diese Erörterung führt uns zu einer Aussprache über das karlistische Abenteuer.

Heute, da die Kriegsgefahr gebannt ist, können wir in aller Ruhe unsere Stellung in diesen Tagen nachprüfen. Mitten in der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Wärmung Mitteleuropas hielten die Monarchisten ihre Stunde für gekommen. Jedem mußte es klar sein, daß das Treiben der Monarchisten nur eine Vorkurschreibung jener ganz Mitteleuropa umfassenden Bestrebungen ist, die alte Herrschaftsform, die alte Unterdrückung der Völker durch die verjagten Habsburger oder durch andere Dynastien zu erneuern. Ein herrlicher Vorstoß der Habsburger in Ungarn hätte zweifellos eine monarchistische Erhebung in Oesterreich, Bayern und Deutschland herbeigeführt. Jedermann empfindet es, daß es sich hier nicht bloß um die Wiederherstellung der Habsburger handelt, sondern daß die Dorypharen des alten Endes die Vollstreckung des Willens der Gegenrevolution ist, daß diese Reaktion nur darauf lauert, ihre alte Macht wieder aufzurichten, um vor allem das Proletariat niederzuschlagen, die proletarischen Organisationen niederzuwerfen und den herrlichsten Teil des mitteleuropäischen Sozialismus zu zertrümmern und zu zerstören. Was war unter diesen Umständen naheliegender, als daß das Proletariat Oesterreichs, Deutschlands und der Tschechoslowakei sich gegenüber der gemeinsamen Gefahr zu gemeinsamem Widerstand zusammenschloß? Was war berechtigt, als daß die Proletarier dieser Länder ein Schutz- und Trutzbündnis eingingen, für den Fall, daß die Reaktion in diesen Ländern zum Angriff übergehen wollte. Auch wir in der Tschechoslowakei mußten proletarisch rüsten für den Fall, als die im Auge befindliche diplomatische und militärische Aktion der Kleinen Entente übers Ziel schießen sollte, falls sich, wie wir es schon einmal im Kriege erlebt haben, der Generalstab an die Stelle der Zivilverwaltung setzen sollte, um alle Macht an sich zu reißen und mit dem Kampfe gegen die Demokratie, gegen die staatsbürgerliche Freiheit und vor allem gegen die Arbeiterbewegung einzusetzen. Das ist der Sinn der gemeinsamen Rundgebung mit dem deutschen, Oesterreichischen und tschechischen Proletariat. Diese proletarische Aktion hatte mit der staatlichen, diplomatischen oder militärischen Aktion der Tschechoslowakei nichts zu tun. Sie muß bei der Würdigung unserer Stellungnahme von den übrigen Tatsachen losgelöst und selbständig beurteilt werden. Unsere Gegner, die Deutschen und die Kommunisten, glauben, daß jetzt der Moment gekommen sei, um im Trüben fischen zu können. Sie haben die proletarische Aktion mit der militärischen und diplomatischen Aktion der Tschechoslowakei verquidelt und herauszukonstruieren versucht, daß wir zum Kriege gehebt, die Mobilisierung und vor allem den Krieg gewollt haben und dafür naturgemäß verantwortlich sind. Wie sinnlos die Behauptung an sich ist, brauche ich hier nicht auseinanderzusetzen. Schon die bloße Annahme, daß wir nach den großen Erlebnissen des Weltkrieges auch nur einen einzigen Augenblick schwanken werden, wenn wir vor die Frage einer neuen Kriegsführung gestellt werden, schon diese bloße Annahme ist eine Injurie. Sie ist ebenso eine Injurie wie die Annahme, daß wir für einen

Krieg sein werden, dessen Partner der tschechoslowakische Staat ist. In Wirklichkeit ist unsere Stellungnahme in der burgenländischen und dann in der karlistischen Frage klar und eindeutig. Schon im September, als die burgenländische Frage im Außenaußschuß zur Verhandlung kam und Minister Beneš dort zu erkennen gab, daß man nötigenfalls werde zu den Waffen greifen müssen, hat der Sprecher unserer Fraktion wörtlich erklärt: „Wir lehnen es mit aller Entschiedenheit ab, für die Einhaltung der Friedensverträge auch nur einen Finger zu rühren. Wir wissen wohl, daß es sich nicht nur um das Burgenland handelt, sondern hinter der ganzen Sache die habsburgische Konterrevolution steckt, trotzdem legen wir gegen jede Einmischung der Kleinen Entente Verwahrung ein, weil daraus nur kriegerische Verwicklungen und Katastrophen erwachsen werden.“ So am 28. September, zu einer Zeit, da noch von dem zweiten karlistischen Abenteuer keine Rede war. Als Karl nach Ledenburg kam, hat der Sprecher unseres Klubs im Außenaußschuß wörtlich erklärt: „Es ist vor allem Sache der großen Entente, mit den Verbrechern, die die Welt in einen derartigen Zustand der Verunruhigung versetzen, anzuräumen. Wir dürfen das große Leiden der harten Kriegsjahre, die Bitternisse der Kriegszeit nicht einen Augenblick vergessen.“ Im Außenpolitischen Ausschuß des Senats erklärte dann Genosse Sella: „Wir protestieren gegen die Mobilisierung, wir verweisen auf das Friedensbedürfnis des Proletariats, in dessen Bewußtsein noch alle Schrecknisse, noch all der Hammer des Krieges tief verankert sind. Karl Habsburg ist gefangen, die Möglichkeiten einer friedlichen Liquidierung sind durch diese Tatsache bedeutend gestiegen.“ Im Plenum des Abgeordnetenhauses gab Abg. Cermak eine Erklärung ab, in der er sich gegen die Auffassung des Ministerpräsidenten verwahrt, als hätte sich durch die Gefangennahme Habsburgs an der Situation nichts geändert und er hat wieder verlangt, daß alle friedlichen Mittel ausgeschöpft und der Krieg vermieden werde. Im Plenum des Senats hat Nechajec für den Klub eine Erklärung abgegeben, daß unsere Partei dem Festhalten an der Mobilisierung und an den damit verbundenen Maßnahmen entschieden widerspricht und die Verantwortung für alles ablehnt. Als dann im Außenpolitischen Ausschuß des Abgeordnetenhauses und des Senats, im Plenum des Abgeordnetenhauses und des Senats die Regierungserklärung zur Abstimmung kam, haben wir viermal in allen diesen Körperschaften gegen die Regierung votiert, viermal die Kenntnisnahme der Regierungserklärung verweigert, eine andere Abstimmung etwa über die Mobilisierung oder Ähnliches hat es in keiner Kammer der Nationalversammlung gegeben. Aber auch unsere Stellungnahme zu den Einrückungen war durchaus klar und eindeutig. Wer daher in Anbetracht dieser Tatsache, dieser selbstverständlichen Stellungnahme unserer Klubs und unserer Partei die Behauptung von der Kriegsbegehrtheit aufrecht hält, der verleumdet bewußt. Vor dem Forum der Parteimitglieder werden wir mit unserer Darstellung gewiß bestehen. Wenn es in dieser Frage überhaupt zu einer Verwirrung gekommen ist, so nur einzig und allein durch die Treibereien, durch das schändliche Ränselspiel und durch die Verleumdung der Deutschbürgerlichen. (Sehr richtig!) Wie es aber in Wirklichkeit um die Mentalität jener Deutschbürgerlichen bestellt ist, die hier als Ankläger gegen uns auftreten, möge ein Artikel des führenden deutschbürgerlichen Blattes, der „Reichenberger Zeitung“ vom 25. Oktober beweisen. Das Blatt schreibt: „Ueber dem Leid von heute vergißt man den Verrat von gestern. Deshalb fehlt in unserer Bevölkerung jener aufrichtige Haß gegen die Habsburger, der die Schweizer in den Tagen des Wilhelm Tell durchglühte, der heute das tschechische Volk nicht zuletzt darum beherrscht, weil es fürchtet, die slowakischen Bauern könnten für das Wohl eines Königs beten, wenn er in Budapest regierte.“ Recht sagt das Blatt: „Vom rein menschlichen Standpunkt betrachtet, wüßte kein Deutscher, wofür er in den Krieg gegen Habsburg zöge.“ Das ist die Wahrheit. Das ist das wahre Gesicht der Deutschbürgerlichen, die immer verächtliche Habsburgerknechte gewesen und auch geblieben sind, die immer Reaktionsäre waren und es heute noch sind. (Lebhafter Beifall.)

Und weil wir nun gerade bei den Deutschbürgerlichen sind, will ich in diesem Zusammenhang den in letzter Zeit wiederholt laut gewordenen Ruf nach einer deutschen Einheitsfront

ganz kurz erledigen. Als wir unmittelbar vor dem Eintritt in das Parlament die Einladung zur Bildung eines deutschen Blocks erhielten, da fiel uns die Antwort nicht schwer. Diese Antwort ergab sich von selbst aus der Gegenfähigkeit in der Frage der sozialen Ordnung gegenüber der Weltanschauung, die durch eine Einheitsfront kaum ausgemerzt werden. Das deutsche wie das tschechische Bürgertum ist bestrebt, die kapitalistische Wirtschaftsordnung aus der Weltkatastrophe zu retten und für unabsehbare Zeit wieder zu verankern. Wir dagegen müssen alle politische Macht, die wir besitzen und die wir noch erobern werden,

dazu benützen, um auf den Trümmern der kapitalistischen Wirtschaft eine sozialistische Aufbauarbeit und dadurch zu einer neuen idealen Ordnung zugehen. In diesen unseren Bestrebungen werden wir bei den Bürgertlichen kaum eine Unterstützung finden, sondern im Gegenteil nur den schärfsten Widerstand. In diesem Abwehrkampf steht das Bürgertum nicht auf Seite des deutschen Proletariats, sondern es wird sich auf die Seite seiner Klassenbrüder, der tschechischen Kapitalisten stellen. (Sehr richtig!) Wie das schon ist, das kapitalistische Interesse wird sich als stärker erweisen als das vorgefaßte nationale. So sehr wir die traurige Lage der Deutschen in diesem Staate begreifen, so sehr wir wissen, daß der Kampf um die nationale Selbstverwaltung erst begonnen hat und daß wir hier noch so manchen Strauß mit den herrschenden Mächten in diesem Staate auszukämpfen haben werden, so sehr wir verstehen, daß von unseren Forderungen auf Regelung der nationalen Verhältnisse in diesem Staate auch nicht eine einzige noch erfüllt ist, so sehr können wir uns nicht dazu entscheiden, mit den Deutschbürgerlichen gemeinsame Sache zu machen. (Zustimmung.) Wir werden den Kampf um die Selbstverwaltung selbst ausfechten, wir werden dem Kampfe um die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes, um die Abschüttelung der Fremdherrschaft viel besser dienen, wenn wir diesen Kampf grundsätzlich führen und nicht beschwert durch eine Einheitsfront oder durch einen Verband, dessen Bestand nur auf der Grundlage des Aufgebens grundsätzlicher Politik möglich wäre. Die Erfahrung, die wir in den letzten Jahren gemacht haben, haben uns diesen Standpunkt bekräftigt. Wir haben dem nicht ein Wort mehr hinzuzufügen, wir bleiben bei unserem alten Standpunkt zur nationalen Einheitsfront. (Zustimmung.) Und nun

zur inneren Politik unseres Staates.

Der Regierungswechsel, der sich im Oktober dieses Jahres vollzog, brachte uns eine all-nationale Koalition. Obwohl bisher alle Koalitionen an ihrem inneren Widerspruch gescheitert sind, haben sich die tschechischen Parteien neuerlich zu einer Koalition zusammengedungen unter Ausschaltung der politischen und wirtschaftlichen Gegensätze, unter Ausschaltung aller Grundzüge, die allein den Lebensinhalt der Parteien ausmachen. Die Koalition nennt sich vereint eine Konzentrationsskoalition. Ihr Zweck ist es, den Staat in seinen Grenzen zu erhalten, ihm das von den tschechischen Parteien gewollte Gepräge und Gefüge zu geben, die Herrschaft des tschechischen Volkes über die anderen Völker dieses Staates aufzurichten, den Staat gegen alle inneren Widerstände zu verteidigen. Und das Mittel dieser Koalition ist der Staat und die Idee dieser Koalition ist die Ideenklosigkeit. Solange es sich nur um die Verteidigung der Republik handelt, wird die Koalition Stand halten. Sie hat auch bisher, wenn man es so nimmt und wenn man von dem Ausprägungen der slowakischen Merkmalen absteht, ihre Festigkeit bewahrt. Sie gibt sich auch im Großen und Ganzen den Anschein größter Konsolidation. Sie sucht die Herrschaft innerhalb des Parlaments zu festigen, sie richtet sich recht häuslich in dem Staate ein. So stark sich aber auch die Herren der Koalition fühlen mögen, sie vermögen das Rad der Zeit weder zurückzudrehen noch stillzulegen, der wirtschaftlichen Entwicklung nicht Einhalt zu tun, die Weltwirtschaft und Weltpolitik nicht nach ihrem Ermessen zu lenken. Und darum wissen wir sehr wohl, daß sich das Schicksal dieser widernatürlichen Koalition schon durch die bloßen Tatsachen des Lebens von selbst vollziehen wird. Was aber dann? Wer tritt an die Stelle der allnationalen Koalition? Welche Möglichkeiten bestehen im Staate für die Weiterführung der Geschäfte? Die Wahlen in die Nationalversammlung haben keiner der im Staate lebenden Massen die Mehrheit gegeben. Wohl hat innerhalb der tschechischen Bevölkerung die tschechische, innerhalb der deutschen Bevölkerung die deutsche Arbeiterklasse die relative Mehrheit gehabt, aber die deutschen Arbeiter und die tschechischen Arbeiter machen noch immer nicht die Mehrheit aus und es ist daher die Herrschaft der Arbeiterklasse allein im Staate dadurch unmöglich. Und die Alleinherrschaft des gesamten Bürgertums, des deutschen und des tschechischen, würde auch keine Lösung bringen, da das Bürgertum, selbst wenn man die kleinsten Parteien und Gruppen im Parlament dazunimmt, kaum eine Mehrheit von drei bis vier Stimmen aufbringen würde. Eine solche Mehrheit wäre naturgemäß nicht lebensfähig. Ein Zusammenschluß der tschechischen Parteien ohne die sozialistischen Parteien, vor allem ohne die tschechischen Sozialdemokraten, würde keine Mehrheit bringen, sondern nur eine Minderheit erzeugen. Blicke also nur die Möglichkeit der Bildung einer Regierung durch eine Koalition unter Mitwirkung der Deutschen. Diese Koalition scheitert aber entweder an grundsätzlichen Bedenken auf unserer Seite, wozu ich später noch ein paar Worte sagen will, oder aber an der Tatsache, daß für eine Mitarbeit der Deutschen an der Regierung die grundlegenden Voraussetzungen fehlen, deren wichtigste, die Umformung dieses Staates aus einem Nationalstaat, aus einem internationalen Staat in einen Nationalitätenstaat ist. Eine solche Umformung lehnen aber die tsche-

Alles Parteien rundweg ab. Bleibt also nur immer und immer nur der Weg der allnationalen Koalition übrig. Doch ist dieser schon dreimal geschildert und sie kann höchstens eine Zinnschiebung, niemals aber eine Lösung der Krise bringen. Daraus ergibt sich, daß die Krise, welcher die Regierung in gewissen Intervallen immer und immer wieder verfällt, keine bloße Regierungs- und Parlamentskrise, sondern eine chronische Staatskrise ist. Diese Staatskrise ist nur die Erscheinungsform für die Tatsache, daß in den ersten wirtschaftlichen Problemen zwischen den beiden maßgebenden Klassen dieses Staates und der heutigen Gesellschaft, zwischen dem Bürgertum und dem Proletariat keine grundsätzliche Verständigung möglich ist.

Unsere tschechischen Genossen

glauben, die Krise durch unseren Eintritt in die Regierung meistern zu können, allerdings ohne eine Aenderung des Gefüges dieses Staates zuzubilligen zu wollen. Sie rufen uns immer und immer wieder zur Mitarbeit in diesem Staate und dann zur Teilnahme an der Regierung auf. Ihre Mentalität hat sich durch die dreifährige Gewöhnung direkter oder indirekter Teilnahme an der Regierung direkt auf das Wachstumsgefühl gestellt. Sie sind der Meinung, daß sich das Interesse des Proletariats nur durch die Vertretung des Proletariats in der Regierung durchzusetzen vermag, wenn nicht anders, so in einer Koalition mit den bürgerlichen Parteien. Sie können sich überhaupt eine andere Beziehung zu uns, zwischen uns und ihnen nicht denken, als in einer Frontgemeinschaft in der Regierung und hier wieder in einer bürgerlich-sozialistischen Koalition. Wir leugnen nicht, daß es Situationen geben kann, die Koalitionen notwendig machen, daß ganz außerordentliche Verhältnisse uns diesen Weg beschreiten lassen könnten. Aber solche außerordentlichen Verhältnisse liegen momentan nicht vor. Es sind auch die Bedingungen für uns in diesem Staate ganz andere als in anderen Staaten. Für diesen Staat sind wir der Meinung, daß sich der Schutz der Demokratie und der Arbeiterinteressen, der Kampf gegen die Reaktion durch eine sozialistische oppositionelle Einheitsfront besser führen läßt, als durch eine Koalition mit den Feinden des Sozialismus. (Allgemeine Zustimmung.) Aber noch eines: Die tschechischen Genossen sind leider einer nationalistischen Auffassung verfallen, sie sind leider zu einer Staatspartei geworden. Sie identifizieren Nation und Staat, in welchem sie doch nur eines der vielen Völker sind. Sie vergessen, daß nicht der Staat die Hauptsache ist, sondern daß der Staat das Werkzeug des sozialistischen Willens sein muß. (Sehr gut!) Sie streben dem Phantom einer Scheinmacht nach, das die Kräfte des Proletariats lähmt. Die tschechischen Genossen sagen: Ja, wir haben uns den Staat selbst geschaffen, wir müssen ihn verteidigen und aufbauen. Aber sie vergessen, daß dieser Staat nicht nur nach seiner ganzen wirtschaftlichen Struktur ein bürgerlicher Klassenstaat ist, sondern daß er dazu noch mit dem *Autokratismus* und dem *Makel nationaler Fremdherrschaft* beladen ist. (Rufe: So ist es!) Die tschechischen Genossen übersehen, daß dieser Staat, der ihnen so ans Herz gewachsen ist, den sie als Werk ihrer nationalen Befreiung so lieben, für die anderen Völker die Hölle ist und für die übrige Welt ein neues Oesterreich. (Rufe: Sehr richtig!) Sie vergessen, daß es ihre historische Aufgabe ist, den Staat so aufzubauen, daß es für alle Völker und vor allem für das ganze internationale Proletariat wohnlich sein soll. Sie übersehen vollständig, daß es ihre Aufgabe ist, in diesem national so durchwühlten Staate den Nationalismus abzubauen zu helfen um die Bahn frei zu machen für den Sozialismus. Sie fürchten, daß dieser Staat, wenn er ein anderes Gefüge bekäme, aus den Augen geraten und zusammenbrechen würde. In Wirklichkeit aber würde sich der Staat durch die Umformung erst recht innerlich konsolidieren und dann auch nach außenhin erst recht lebensfähig werden und dann erst den richtigen Kampfboden für das Proletariat abgeben. Durch ihre bisherige Politik aber laden die tschechischen Genossen die schwerste Schuld auf sich, indem sie dem Bürgertum helfen, die chronische Krise dieses Staates zu bemaßeln.

Doch es kann nicht unsere Aufgabe sein, die tschechischen Genossen über die Methoden wahrhaft sozialistischer Politik zu belehren. Das wird viel gründlicher die Dialektik der Entwicklung und die mit ihr verbundenen scharfen Klassengegenstände und Klassenkämpfe besorgen. Wir müssen vorläufig über uns die Kräfte des tschechischen Nationalismus, der tschechischen nationalistischen Reaktion ergehen lassen, der die Wurzeln in dem Wachstumsgefühl der bürgerlichen tschechischen Klassen hat, aus diesem Staate einen Herrschaftsstaat für die kapitalistischen Parteien und Führer dieses Staates zu machen. Wir aber müssen weiter, wie wir dies bereits in Teplitz getan haben, die Umbildung dieses Staates in einen demokratischen Nationalitätenstaat, die Aufhebung der nationalen Fremdherrschaft, die nationale Selbstverwaltung, die Abschaffung des bürokratischen Herrschaftssystems verlangen. Wir haben dies im alten Oesterreich mit den tschechischen Genossen im gemeinsamen erarbeiteten Brünner Programm gefordert und wir verlangen es noch heute in diesem Staate. Wir fordern es in diesem Staate, in welchem aus Grund des Wachstumsgefühls der Entente sechs Völker zu leben bemächtigt sind. Wir haben es früher gemein-

sam mit den tschechischen Genossen von der deutschen Bourgeoisie verlangt, wir verlangen es hier von der tschechischen Bourgeoisie und von den tschechischen Genossen. (Beifall.)

Genosse Bechyně, der Wortführer der tschechischen Genossen, sagte in seiner jüngsten Rede: Mit unseren deutschen Freunden können wir nicht in engere Gemeinschaft treten, solange nicht klar ist, daß dieser Teil der Deutschen nichts anderes verlangt, als den Kampf um jenes Schlagwort, das sie ebenso wie in Oesterreich hier im Munde führen, das Schlagwort von der Autonomie, das einen anderen Sinn hatte in Oesterreich und einen anderen bei uns. (Allgemeiner Widerspruch.) Wie ganz anders sprachen unsere Wiener Genossen im Wiener Parlament, als es sich um die Verteidigung der Rechte des tschechischen Proletariates handelte und wie ganz anders sprach Genosse Bechyně am 18. Oktober des Jahres 1918, an dem Tage, an welchem die tschechischen Genossen gemeinsam mit den Nationalsozialisten zum ersten Male für den tschechischen Staat demonstrierten. Damals sagten die tschechischen Genossen in einer Kundgebung an das deutsche Proletariat wirklich:

„Neben uns für uns das Selbstbestimmungsrecht bis zur äußersten Konsequenz des selbständigen tschechischen Staates verlangen, anerkennen wir dieses Recht der Selbstbestimmung auch für Euch, die deutschen Arbeiter und wir sind der Meinung, daß die Vertreter des tschechischen und deutschen Volkes in diesen geschichtlichen Zeiten einzig und allein dazu berufen sind, im Vertrauenswege für die Zukunft über ein gegenseitiges Verhältnis der beiden Nationen zu entscheiden. Ueber die Notwendigkeit der Neuorganisation der nationalen Frage haben wir nicht zu entscheiden. Das ist durch den Weltkrieg entschieden. Außerdem sind sich aber die tschechischen Sozialdemokraten dessen bewußt, daß die Proletariat die jetzige Periode nicht vorübergehen lassen dürfen, ohne Lösung der wichtigsten Interessen der Proletariat, der wichtigsten Interessen der Demokratie und der sozialen Umformung vorzunehmen.“

Werte Genossen! Dieses Schriftstück, das an den deutschen Parteivorstand einige Tage vor dem Umsturz und mitten im Umsturz gerichtet wurde, trägt die Unterschriften: *Strikbrnů, Stivín, Schmeral* und *Bechyně*.

Und nun fragen wir: Was haben diese Genossen zur Verwirklichung unseres Selbstbestimmungsrechtes bis zum heutigen Tage unternommen? Nichts und wieder nichts. Nach im September d. J. äußerte sich Genosse Bechyně dem Berichtersatter der „Prager Presse“ gegenüber, daß über die Autonomie der Deutschen noch nicht das letzte Wort gesprochen sei und jetzt sei die nationale Autonomie nichts als ein „bloßes Schlagwort“ geworden. Wir fragen, warum es ein Schlagwort geworden ist und warum denn die Autonomie in Oesterreich etwas anderes bedeuten soll, als die Forderung der Autonomie im tschechischen Staate? Den Beweis ist uns Genosse Bechyně schuldig geblieben. Auch nicht mit einem einzigen Wort haben bisher die tschechischen Genossen und Bechyně voran als ihr jetziger Führer gesagt, wie sie sich die Zurechnung des Rechtes an die Deutschen in diesem Staate vorstellen, wie sie das Verhältnis der Deutschen zu diesem Staate zu konstruieren gedenken, welches Programm die tschechischen Genossen für die Auseinandersetzung zwischen ihnen und uns haben, für welche Lösung und ob überhaupt für eine Lösung sie sich entschieden haben. Genosse Bechyně meinte, wir mögen unsere stürmische Jugend dämpfen. (Ironische Heiterkeit.) Aber derselbe Genosse Bechyně, der uns die stürmische Jugend vorwirft, schwebt selbst mit Haut und Haaren in einer Welt kindlicher Illusionen. (Sehr richtig!) Er sieht den Himmel voller Geigen, er meint, wir leben auf einer Insel der Seligen. Das ist alles, was Bechyně uns zu sagen hatte über den Staat, in welchem die Reaktion am Werke ist, um der Arbeiterschaft, die in der Revolution errungenen Positionen zu untergraben, in welcher die Unternehmerschaft Vorstoß auf Vorstoß unternimmt, um der Arbeiterschaft den Achtundtag wieder zu nehmen, die gewerkschaftlichen Organisationen zu zerstören, in einer Zeit, in welcher Lehntänze von Proletariaten infolge der Wirtschaftskrise auf das Vlatzer geworfen werden, die Lebensmittelteuerung mit jedem Tage ansteigt, der Lebensmittelmacher mit jedem Tage größere Reigen feiert, in einem Staate, in welchem eine nach Millionen zählende Bevölkerung vollkommen rechtslos ist und einen verzweifelten Kampf führt um ihre Kulturinstitutionen, um ihre Schule und um ihre Sprache (Stürmischer Beifall), in einem Staate, in welchem viele Hunderte von Arbeitern wegen ihrer Gesinnung in den Kerker schwanden. (Hui-Rufe.) Und wenn es wahr ist, daß wir über eine stürmische Jugend verfügen, dann sind wir glücklich, daß wir sie besitzen, dann gegen all das Unrecht, das in diesem Staate aufgehäuft ist, entschlossen anzukämpfen zu können, bis auch diese Bastille zum Falle kommen und der Weg für die Verwirklichung des Sozialismus frei gemacht wird.

Diesen Kampf werden wir vorläufig alle in führen müssen, bis das tschechische Proletariat seinen verhängnisvollen Irrtum erkannt, den Weg zu seinen Klassengenossen gefunden und endlich eingeschlagen wird, daß nur in dem Einlaß der gesammelten Kraft das Klasseninteresse des tschechischen und deutschen Proleta-

riats gelegen ist. Darum ist es unsere einzige Hoffnung, den Zusammenschluß des internationalen Proletariats dieses Staates im Rahmen des Proletariatskongresses herbeizuführen, da wir ja momentan nicht zu einer einheitlichen internationalen proletarischen Organisation kommen können. Wir wollen alle unsere Kräfte daran setzen, um diesen karibaber Beschluß zu verwirklichen.

Die Kommunisten.

Nachdem ich mich mit den tschechischen Genossen auseinandergesetzt habe, kann ich befreilichweise an der Spaltung unserer Reihen durch die kommunistische Bewegung nicht achsellos vorübergehen. Heute dürfen wir uns alle eingestehen, daß uns

Die Spaltung und Zerziehung unserer Bewegung

die bitterste Bein und die schwersten Stunden unseres Lebens verursacht hat. Nach Karlsbad haben wir dann alle ausgelebt, als uns die Einheit erhalten blieb, obwohl wir wußten, daß sie teuer genug erkauft sei. Als es dann zur Spaltung kam, haben wir uns immer wieder gefragt, ob der Weg, den wir gehen, der richtige sei, ob nicht die Methoden der anderen verheißender seien. Und wir haben uns dann gefragt, wie wir wieder zusammenkommen, nachdem wir auf dem Sprunge waren, uns voneinander zu trennen. Wir wußten, was nach der Trennung kommen werde: Die Zerschlagung der Partei, die Zerstörung des Glaubens der Massen an den Sozialismus, die Diskreditierung des Sozialismus und die schwere Erschütterung des Vertrauens der Arbeiter zu ihren Vertrauensmännern. (Sehr richtig.) Es ist zur Trennung gekommen, sie ist unvermeidlich gewesen und heute können wir mit Stolz die Behauptung wagen, daß unser Weg der richtige gewesen ist. Die Ergebnisse der letzten Monate haben uns auf der ganzen Linie recht gegeben, die Kommunisten in Lüge und Gesinnung, der Arbeiterschaft, soweit sie noch schwankte, die Augen geöffnet. Am Reichsberger Parteitag meinte Kreibich: Die entscheidende Frage ist, ob wir vor dem Zusammenbruch des alten Systems des Kapitalismus stehen, mit einem Wort, ob wir vor der Revolution stehen.“ Und Kreibich hat die Frage beantwortet und gemeint: „Ja, wir stehen mitten in der Revolution, es ist die Stunde gekommen, daß das Proletariat sich befreier solle.“ Er hat dazu gemeint, daß wir die Saboteure der Revolution sind, daß wir dieser Auffassung entgegengetreten sind und daß das einer der Gründe der Spaltung gewesen ist. Der zweite Grund: die Kommunisten beschuldigen uns, in der Parteitagresolution des konstituierenden Reichsberger kommunistischen Parteitages des Sozialpatriotismus. Erst die Sozialpatrioten der zweiten und dann die Schwäger der zweifelhafte Internationale hätten dem Proletariat zur Wirtung am wirtschaftlichen Wiederaufbau geraten und dadurch an der Weltrevolution und dem Proletariat Verrat geübt. An diese Feststellungen will ich anknüpfen, um Ihnen gegenüber

die große Schuld der Reichsberger

anzugeigen und ihre Verantwortung für die Sprengung der proletarischen Reihen festzustellen. Seit dem Reichsberger Kongreß haben sich in den kommunistischen Auffassungen gewaltige Wandlungen vollzogen. Auf dem Kongreß der politischen Organisationen sagte Lenin: „Zu Beginn des Jahres 1918 rechneten wir damit, daß ein friedlicher Ausbau möglich sein werde. Wir haben uns getäuscht. Um nicht gescheit zu werden, mußten wir einen strategischen Rückzug antreten. Die Enttäuschung über die Verteilung der Lebensbedürfnisse bedauert den freien Handel und den Uebergang zur Erneuerung des Kapitalismus in bedeutendem Maße. In welchem Umfange, das wissen wir noch nicht.“ Die Konzeptionen und Vergebungen sind eine direkte Erneuerung des Kapitalismus, die mit den Grundlagen einer neuen Politik verbunden sind. Die Folge dieser Erkenntnis war die Verteilung ausländischen Kapitals an der russischen Industrie, Förderung des Genossenschaftswesens, Heranziehung von Personen zum Einlaß der Produkte der Staatsbetriebe, zum Verkauf und Einlaß der Produkten der kleinen Produzenten, Verpachtung von Staatsbetrieben usw.“ Das ist das alles, werte Parteifreunde? Nichts anderes, als ein großzügiges Programm des kapitalistischen Wiederaufbaues, die vollständige Wiederherstellung des Kapitalismus. Lenin rechtfertigt sein Vorgehen, indem er sagt: „Der Kapitalismus ist ein Uebel im Vergleich zum Sozialismus, aber er ist ein Fortschritt im Vergleich zum Mittelalter, zur Kleinproduktion. Soweit man nicht unmittelbar zum Sozialismus übergehen kann, ist der Kapitalismus eine unvermeidliche Entwicklungsstufe der Produktion.“ So mußten eben die führenden Köpfe des Bolschewismus schließlich kapitalisieren. Seit Jahr und Tag predigen die Kommunisten den Massen, — siehe beispielsweise den „Vorwärts“ vom 24. März — daß wir an der Schwelle der Revolution stehen, unmittelbar vor der Entscheidung, daß sie allein beschützt seien, jeden Rückschlag des todkranken Kapitalismus, jedes Nöckeln des ausbleibenden Lebens zu hören und da kommt Lenin und verkündet auf dem Parteitag der Bolschewiki, daß die Sowjetrepublik nicht mehr mit einem schnellen Siege der Weltrevolution rechnen könne. Daran knüpft *Otto Bauer* in einem Artikel an, in dem er meint, die Kommunisten mögen ent-

täuscht sein, sie haben sich vorgestellt, in Stande zu sein, die kapitalistische Welt mit einem einzigen Ansturm in Trümmer zu schlagen. Wir Sozialisten sind diesen Illusionen niemals erlegen. Uns hat die Geschichte gelehrt, daß jede soziale Revolution ein unvergleichlich langwieriger, mannigfaltiger Prozeß ist, als die kommunistische Rinderbibel annimmt. Mag sein, daß eine Phase der Revolution beendet ist, aber die Revolution geht weiter. Können wir im Augenblick nicht zu neuen Schlägen ausweichen, so gilt es, die Errungenheiten der Revolution festzuhalten, allen Kämpfen, die Gefahr bringen, flug auszuweichen, die errungenen Machtpositionen zur Sammlung, Organisation des Proletariates auszunutzen“, und dann meint er: „So nützen wir die Ruhepause der Revolution. Daß sie nicht allzulange währe, dafür sorgt der Kapitalismus selbst.“ Raum waren die Worte gesprochen und schon war der „Vorwärts“ in seiner Nummer vom 27. April zur Stelle und meinte: „Also jetzt kann man getrost von der Revolution reden. Wenn sie so ungemütlich rumort, hat man nicht die nötige Ruhe und Stimmung. So recht hübsch mit abgemessenem Schwung, mit wohlbedachter Begeisterung von der großen, schönen, erhabenen Revolution mit dem schönmännigen Lockenhaar und den hübschen Sandalen zu sprechen, zu schreiben und zu diskutieren. Ganz anders macht es sich, wenn die gute, schöne Frau fern vor Madrid ist. Je weiter so eine Revolution ist, desto besser. In der Ferne schaut das prächtige Weib, wie es der Bauer beschreibe, Renner andachtet und Strauß befragt, am schönsten aus. Am schönsten ist es, wenn die Revolution überhaupt schläft, wenn sie eine Ruhepause hat. Oh, sie werden die Ruhepause hegen und pflegen.“ Gestatten Sie mir eine kleine Atempause in der Behauptung der Ruhepause. Ich möchte hier ein Bild aufreißen. Es wird hier davon gesprochen, daß ein prächtiges Weib in der Ferne am schönsten auskaut. (Heiterkeit.) Es steigert sich also beim Kritiker die Beschränktheit nach einem prächtigen Weib mit der größeren Distanz. Das scheint mir nicht ganz richtig zu sein. (Heiterkeit.)

Sehen wir uns einmal den Prager Parteitag an und lassen wir *Schmeral* zu Worte kommen. Er meint am Vereinigungstage, Siewowjew habe die gegenwärtige Zeit als Intervall zwischen zwei Höhepunkten der revolutionären Entwicklung charakterisiert. Nach dem Aufflammen der revolutionären Bewegung um das Ende des Weltkrieges sei gewissermaßen ein Stillstand eingetreten, den die Bourgeoisie dazu benützte, um zum Angriff gegen die Arbeiterschaft überzugehen. In dieser Kampfpause bleibt uns Zeit zum Aufbau der Partei. Da haben wir diese viel verlastete „Ruhepause“. Und *Preibich* wagte, die vorübergehende Periode der Stagnation der Weltrevolution, in die wir gekommen sind, stellt die höchsten Anforderungen einer klaren Erkenntnis an die Besonnenheit und vor allem an die Geduld und an die Fähigkeit, sich dieser Situation in jeder Weise anzupassen.“ Also wären wir glücklich in einer Periode der Stagnation angelangt, für welche die Kommunisten ihren Massen Besonnenheit und Geduld predigen. Wie ganz anders ging es noch vor dem Parteitag her. Nehmen wir den „Vorwärts“ vom 18. März d. J., in welchem es über die nächsten Aufgaben heißt: „Die unmittelbare Vorbereitung ist unvermeidlich geworden und wir müssen uns zum Bürgerkrieg rüsten.“ Und im „Vorwärts“ vom 4. Juni heißt es: „Die Kriegsgefahr und das wachsende Elend sind die schweren Wollen, aus denen das Gewitter sich entladen muß. Die Ruhe, die trotz dem unerträglichen Elend noch immer anhält, ist nur eine scheinbare Ruhe, ist die Ruhe vor dem Gewitter. Nur die kommunistische Partei hat den Mut, auszusprechen und den Massen zuzurufen: trefst die Vorbereitungen, es geht um Sein oder Nichtsein!“ Welch ein Theaterdonner, welcher ein unerhörtes Aufschreien der Leidenschaften und welcher ein Bluff! Und nun fragen wir uns: Was ist aus all diesem Donnerschlag herausgekommen? Wie sieht es um die Vorbereitung dieser letzten Stunde der Entscheidung? Was ist mit der Revolution und was ist aus dem Bürgerkrieg geworden? Kreibich sagt es: die Stagnation. Und er führt dann weiter aus: „In diesen Zeiten muß man die Sozialpatrioten bei ihrem Worte nehmen. Man muß sie bei ihren Forderungen packen, man muß sie zwingen, daß sie zeigen, wie sie für ihre Forderungen zu kämpfen entschlossen sind. Wir müssen an den Kampf um die Sozialversicherung anknüpfen, wir müssen den Sozialpatrioten sagen, daß man ihre Forderungen annehme und sie zwingen, Farbe zu bekennen.“ Ich muß schon sagen, das ist nicht die Sprache der Internationale, das ist nicht 3, das ist nicht 2½, das ist 0.003. (Lebhafte Heiterkeit.)

Diese Entwicklung haben wir vorausgesehen und vorausgesagt. Sie wird den Arbeitern die Augen öffnen. Am Anfang seiner Rede meinte Kreibich, der Opportunismus der Sozialdemokratie habe die Partei zur Kapitulation vor der Bourgeoisie gezwungen. „In diesem Augenblicke“, sagte er, „war die Einigkeit des Proletariats vorbei. Aus diesen Erfahrungs-

gen muß man die Lehre ziehen, daß die Einigung des Proletariats nur dadurch möglich sei, daß es zu den Grundfragen des revolutionären Kampfes zurückkehre und den Opportunismus in seinen Reihen überwinde." Und wie macht man das? Indem man sich mit Schmeral verbindet. (Lebhafteste Heiterkeit). Mit jenem Schmeral, von dem der „Vorwärts“ in der Nummer vom 10. März zu lesen weiß, daß er der Meister der opportunistischen Taktik ist, der Meister des elastischen Prinzipis, von dem er erzählt, daß er nie werde aus seiner Haut herauskönnen, von dem gesagt wird, daß seine Worte noch über 23 gehen. Und mit diesem Opportunisten ist Kreibich in die Laube gegangen. Und was bei dieser Begegnung herauskam, ist eine Kreuzung zwischen revolutionärem Schmeralismus und opportunistischem Kreibichismus. (Stürmischer Beifall, Heiterkeit).

Wie wahr diese Behauptung ist, läßt sich an dem Wandlungsprozeß innerhalb der Reichsbewegung nachweisen. Noch am 10. Mai 1921 schrieb der „Vorwärts“, daß jede Nationalitätenpolitik „unflüchtig geworden sei, weil die Revolution fröhlich und unausschießbar ist. Jeder Nationalitätenpolitiker, jedes Bauern der unterdrückten Nationalitäten und jede Maßnahme zur Aufhebung oder Vindictung der nationalen Unterdrückung sei Verrat an der Revolution. Das hindert das aber Schmeral in Prag, für die kleinen nationalen Forderungen der deutschen und polnischen Arbeiter einzutreten? Die tschechischen Arbeiter, meint er, dürfen nicht zulassen, daß irgendwelche deutsche oder polnische Schule gesperrt wird und Kreibich dankt Schmeral vor dem Parteitag für diese Rundredung. Wie verständig! Nicht nationale Forderungen, sondern „kleine nationale Forderungen!“ Wer erinnert sich nicht an den Schmerzensschrei der Mutter, die beim Anblick ihres unehelichen Kindes ausruft: Ein uneheliches Kind zwar, aber ein kleines! Noch am Karlsbader Parteitag wurde erzählt, daß sich die tschechische Linke von der Ideologie des tschechischen Staates, den sie als Nationalitätenstaat betrachtet, und von der Rose Republik, ich zitiere wörtlich, — verabschiedet habe, — und man meinte, das sei eine Tat. Und in Prag wird verkündet, daß dieser Staat eine Voraussetzung der revolutionären Entwicklung Europas zum Sozialismus sei! In Teplitz nennt Kreibich die bürgerliche Demokratie das „Kernstück der Partei“, das nicht unterschätzt werden dürfe. In Karlsbad aber meint er, daß die „Demokratie nur eine Redensart“ sei, nur eine Bezeichnung für die Diktatur der bestehenden Klassen. In Prag ruft er aus: „Nicht nur die Bewegungsfreiheit, die uns die Demokratie bietet, ist größer als in der Monarchie, sie gibt uns auch reichlich Gelegenheit zu einer besseren Schulung für unsere Aufgaben, die uns aus der Diktatur erwachsen.“ In Teplitz kennzeichnet Kreibich die Anbetung der Gewalt unter allen Umständen als „revolutionären Kretinismus“. In Karlsbad sagt er, daß „ohne“ Gewalt nichts zu erreichen sei. In Prag eröffnet er, daß die Kommunisten — ich zitiere wörtlich — ebenso wie früher die zweite Internationale, gegen jede gewaltsame Aenderung durch einen Putsch seien. Und so könnten wir das Protokoll des Parteitages hernehmen, Seite für Seite, es als Lexikon benutzen, um auf jeder Seite die Wandlungsfähigkeit und die Wandlungen des Kommunismus in den letzten Monaten nachzuweisen und man könnte das besüßliche Kapitel in diesem Periton mit der Überschrift versehen: Entwicklung des Kommunismus, von der Utopie zum Opportunismus. (Stürmischer Beifall.)

Uebrigens macht Kreibich selbst daraus kein Hehl. Er sagt es am letzten Parteitag: „Die opportunistische Taktik in der politischen Stagnation der Weltrevolution ist ein Stück revolutionärer Taktik, ein Stück Weltrevolution! Also die opportunistische Taktik ist revolutionäre Taktik und ist ein Stück Weltrevolution! So ist Kreibich ausgezogen, um den Opportunismus der deutschen Sozialdemokratie zu vernichten, er ist ihm aber mit Haut und Haaren verfallen. Kreibich ruft aus: „Der Opportunismus hat die Sozialdemokratie gespalten“ und wir antworten ihm: „aber die beiden Sektionen der kommunistischen Partei vereinigt und zusammengeschmiedet.“ An einer anderen Stelle seiner Rede wirft Kreibich die Schuldfrage auf und er kommt zu dem Ergebnis, daß an der Stagnation der Revolution natürlich nur die „Sozialpatrioten“ schuld seien. Nebenbei gesagt, ein kurioser Marxismus. Die liegen es aber die Dinge! Die Kommunisten sind ausgezogen, um den Kapitalismus mit einem Schlage niederzubauen, sie haben Sturm geblasen, um die Macht mit einem Ruck zu erobern, aber der Verlust ist gescheitert. Sie haben die Massen alarmiert, aber es war bloß ein blinder Alarm. Sie sind zum Angeklagten vorgeführt, aber der Angriff ist abgeprallt und ins Meer gegangen. Sie

haben darauf gegen uns, die „Saboteure“, losgeschlagen und wir haben uns zur Wehre gesetzt und nun, da ihre Sache verloren ist, sagen sie, wir seien an allem schuld. Das erinnert an die Geschichte von dem armen Juden, der mit Steinen beworfen wird und sich bückt und als die Steine in das gegenüberliegende Fenster fliegen und es zerbrechen, stürzt sich alles auf den Juden, weil er daran schuld ist, denn hätte er sich nicht gebückt, wäre die Scheibe nicht zerbrochen worden.

Fassen wir zusammen: die Geschichte der letzten Monate hat uns auf der ganzen Linie recht gegeben. Wir meinen, daß die Krise des Kapitalismus vom Proletariat ausgenützt werden muß, weil die psychologischen Bedingungen für die Revolution während der Krisen naturgemäß viel günstiger sind. Wir gebrauchen eine Taktik, die auf alle Eventualitäten gestellt und bereit ist, wenn die revolutionäre Situation dies erfordert, es auszunützen und das Proletariat zum Siege zu führen, die aber auch im Vertrauen auf die geschichtliche Entwicklung nicht vorzeitig losläßt, denn das vorzeitige Losschlagen bedeutet eine Niederlage. Diese Taktik hat schon in Karlsbad bestanden und hat sich seitdem nicht geändert. Dagegen haben sich die Kommunisten jetzt nach diesen Monaten der Enttäuschung diese Taktik zu eigen gemacht. Darum dürfen wir mit Recht die Frage aufwerfen, ob die Spaltung notwendig gewesen ist, da die Kommunisten gerade jetzt daran sind, sich unsere geschichtliche Perspektive und unsere Kampfmethoden zu eigen zu machen. Wir fragen weiter, was nach den Reden am Prager kommunistischen Parteitag vom Kommunismus übrig geblieben ist, als gerade das Verbrechen am Proletariat, dessen Reichen man gesprengt und zertrümmert hat. Darum ist es eine unserer nächsten Aufgaben, die planlose Verwirrung, die diese Bewegung in die Köpfe der Arbeiter getrieben hat, wieder zu beseitigen und die Arbeiter wieder zur marxistischen Erkenntnis zurückzuführen.

Wir haben nach allen Fronten zu kämpfen. Unser Kampf mit den bürgerlichen Parteien versteht sich von selbst. Nicht so sehr der Kampf mit den übrigen proletarischen Parteien. Darum ist es tief zu beklagen, daß in der letzten Zeit unsere besten Kräfte auf die Auseinandersetzung mit den anderen proletarischen Parteien verwendet werden mußte. Diese Tatsache, vor allem aber die Zerrissenheit des sozialistischen Proletariats muß lähmend auf unseren Kampf wirken und mühte uns verzagt machen, wüßten wir nicht, daß die sich mit jedem Tage verschärfenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse das ganze tschechische und das aus unseren Reihen ausgeschiedene deutsche Proletariat bald wieder in unser Lager zurückzuführen wird. Allerdings wird sich dieser Prozeß kaum über Nacht vollziehen. Wir müssen uns daher mit Geduld wappnen. Wie schön hat dies Viktor Adler am Innsbrucker Parteitages 1911 gesagt, als die österreichische Internationale zusammenbrach und die tschechischen Arbeiter aus ihren Reihen schieden. Er meinte: „die Arbeit, die unser Part, wird die schwerste sein, aber auf diesem Gebiete wird man Geduld haben müssen. Die Geduld ist neben der Tapferkeit die schönste sozialistische Tugend. Wir werden Geduld haben müssen aber, ich bin überzeugt, daß das tschechische Proletariat auf die Dauer die Trennung nicht ertragen kann. Es wird sich von ihr befreien und wird dann bei uns offene Türen finden.“ — In derselben Lage befinden wir uns heute. Darum sind wir guten Mutes. Für uns arbeitet nicht nur unsere Begeisterung, nicht bloß die Hingabe an die Sache, sondern auch die Entwicklung, die harten Tatsachen des wirtschaftlichen Lebens. Wir sehen, wie sich die Reihen der bürgerlichen Parteien gegen uns zusammenschließen. Sie werden uns wieder zusammenführen. So wie wir politisch zusammengeführt werden durch die geschlossene reaktionäre Masse, so werden wir auch wirtschaftlich zusammengeführt werden und als Arbeiter gewerkschaftlich durch die Konzentration des Kapitals und durch den Kampf des Unternehmertums. Garstig ist der Weg, der vor uns liegt. Ihn zu überwinden, dazu bedarf es eiserner Zähigkeit und größter Kampfbereitschaft. Doch wir müssen und werden uns durch das Gestrüpp durchschlagen. Das wissen wir. Die Kraft hiezu schöpfen wir aus der Hingabe und Begeisterung der Arbeitermassen aus dem allgewohnten Wagemut, aus der gewohnten Zähigkeit, aus dem Troste des Proletariats. Der unerschütterliche Glaube an die Unbegrenzbarkeit des Sozialismus wird uns panieren sein. So ziehen wir in die neuen Kämpfe, die unser Part, werden. So werden wir das internationale Proletariat zu seinem Triumphe führen. (Stürmischer langanhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Die politische Deklaration.

Zum Referat Dr. Czochs wurde dem Parteitag vom Parteivorstande folgende Deklaration unterbreitet:

1. Die tschechoslowakische Republik ist eine Schöpfung des Ententeimperialismus, in dessen Dienste sie sich gestellt hat. Die Außenpolitik des tschechoslowakischen Staates wird durch das starre Festhalten an den Pariser Friedensverträgen bestimmt, die allen Völkern Europas Not, Teuerung, Arbeitslosigkeit brachten und in Mitteleuropa Gewaltsstaaten schufen. Darum die Politik der wirtschaftlichen Abhängigkeit gegen Österreich und der Einreihung Deutschlands trotz Verstandes innigster Wirtschaftsgemeinschaft mit diesen Staaten, darum weidentische Politik gegenüber Rußland, die Aufrechterhaltung der kleinen Entente, Militärkonventionen, geheime Staatsverträge und diplomatische Intrigen, die unser Verhältnis zu den Nachbarstaaten mit jedem Tag verschlechtern und zahllosen Konfliktmöglichkeiten aussetzen und uns — da ja alle Allianzen gegenseitige Verpflichtungen auferlegen — den schwersten Gefahren überantworten.

Zu allem sind die Methoden jener geheimen Diplomatie wieder in Geltung, die nahe Ostmissen mit dem Zusammenbruch des alten Europas für überwinden hielten.

2. Gegen diese Außenpolitik wenden wir uns mit aller Entschiedenheit. Wir verlangen die Beseitigung aller Militärkonventionen und Allianzen, die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Staaten und Völkern, vor allem aber zu den Nachbarstaaten, insbesondere zu Österreich und Deutschland. Wir fordern das ausschließliche Entscheidungsrecht des Parlamentes in allen außenpolitischen Angelegenheiten, die Beseitigung aller jener Verfassungsklauseln, die anderen Faktoren als der Nationalversammlung, das Recht zur Abhängigkeit von Staatsverträgen und zur Veräußerung der Mobilität einräumen und wir verlangen vor allem die endgültige und endliche Beseitigung der geheimen Diplomatie.

3. Die innere Politik der tschechischen Parteien in diesem imperialistischen Kaiserreiche ist vom Erstarren der kapitalistischen Wirtschaftsdynamik, der immer kräftiger werdenden wirtschaftlichen und politischen Reaktion beherrscht. Der Militarismus steht in höchster Blüte. Den Völkern wird die Selbstverwaltung ihrer kulturellen und Wohlfahrtsangelegenheiten verweigert, den nichttschechischen Völkern das Schulwesen gedrosselt, der Gebrauch ihrer Sprache vor dem Amte unmöglich gemacht und ihren Einwohnern die Erlangung einer staatlichen Pässe erschwert.

Unter solchen Umständen ist es eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, den Kampf gegen die Reaktion, gegen den Militarismus, um die Gleichberechtigung aller in diesem Staate lebenden Völker, die nationale Selbstverwaltung, die Beseitigung des bürokratischen Herrschaftssystems und der nationalen Fremdherrschaft fortzuführen.

4. In diesem Kampfe ist das deutsche Proletariat vorläufig auf die eigene Kraft gestellt. Wohl erklären die deutschbolschewistischen Parteien, in einer nationalen Einheitsfront an der Seite der deutschen Arbeiterschaft gegen die nationale Fremdherrschaft kämpfen zu wollen. Allein das deutsche Bürgertum kann sich in diesem Abwehrkampf nicht auf die Seite des deutschen Proletariats stellen, sondern es wird sich zu seinen tschechischen Klassenossen schlagen, denn das kapitalistische Interesse wird sich immer als stärker erweisen, als das vorläufige nationale. Die deutsche Arbeiterschaft wird den Kampf gegen die nationale Fremdherrschaft allein und unbeschwert durch eine nationale Einheitsfront führen, deren Bestand nur durch das Aufgehen grundsätzlicher Politik möglich wäre.

5. Dieser Kampf soll den Weg freimachen für den revolutionären Klassenkampf des internationalen Proletariats dieses Staates, für die Bewirkung des Sozialismus, den die deutschen Arbeiter nur in Gemeinschaft mit den Proletariaten der anderen Nationen zum Siege führen können. Nach wie vor ruft daher das deutsche Proletariat die Klassenbrüder der anderen Nationen zum gemeinsamen Kampfe zur Wiederherstellung der alten proletarischen Kampffront auf.

6. Die tschechoslowakische Sozialdemokratie hat ihre Existenz ganz und nur auf die Politik des Staatsinteresses gestellt, welche ihrem Wesen nach im schärfsten Gegensatz zum Proletariat steht, das hier, wie in allen anderen Siegerstaaten, von den kapitalistischen Machthabern in die Defensive gedrängt wurde. Die Politik der tschechischen Sozialdemokraten hat sie zur Gewaltpolitik der tschechischen Bourgeoisie und zur Fremdherrschaft über die anderen Völker geführt. Durch ihren Eintritt in die Regierungskoalition, an welcher neben ihnen auch die Repräsentanten des Kapitals, des Unternehmertums teilnehmen, kann der schwere Gegensatz nicht verwischt werden, welcher das Proletariat von diesem Klassenstaate trennt.

7. Die kommunistische Partei hat die Reihen des deutschen und tschechischen Proletariats leichtfertig aufhalten. Die politische Einheit der Arbeiterklasse mutwillig zerbrechen und dadurch ihre Schlagkraft geschwächt. Nachdem sie das Sozialbewußtsein innerhalb der politischen Organisationen vollendet hat, geht sie eben daran, das stolze Fundament der Arbeiterbewegung, die einheitliche Gewerkschaftsorganisation anzuerschüttern und zu erschüttern. Statt sich in den Kampf um die Eroberung der Macht des Proletariats und für die Bewirkung des Sozialismus einzusetzen, hat die kommunistische Partei unter dem Druck von außen die proletarischen Reihen zerlegt. Die Lehren und Methoden des Bolschewismus sind in Rußland geschleiert. Die Ideologie der kommunistischen Internationale ist zusammengebrochen. Durch ihre verkehrte Politik, durch planlose Aktionen, arbeitet die kommunistische Partei der Konturrevolution immer mehr in die Hände und ist daher mit verantwortlich, daß das klassenbewußte Proletariat in diesem Staate in die Abwehrstellung gedrängt wurde.

8. Ist auch derzeit eine enger organisatorische Gemeinschaft mit der tschechischen Sozialdemokratie und mit der kommunistischen Partei nicht

möglich, so ist es doch in Anbetracht der großen Gefahren, von denen das Proletariat durch die täglich immer mehr um sich greifenden Reaktionen bedroht ist, und der schon in wirtschaftlichen Kämpfen, in denen sich die Arbeiterklasse befindet, dringend notwendig, unbedrossen für die Schaffung der internationalen Einheitsfront zu wirken, die eifrigen Bemühungen, organisatorische Einrichtungen zu schaffen, die alle im Proletariat wirkenden, auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Kräfte zu gemeinsamen Aktionen und Kämpfen zusammenfassen soll, fortzusetzen. Eine solche Einrichtung ist der vom Karlsbader Parteitag beschlossene Proletariatskongress, zu dessen Konstituierung wir das gesamte klassenbewußte Proletariat aller Nationen hiermit einladen.

9. Nach wie vor bleibt es die geschichtliche Aufgabe der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die Banntrügerin des klassenbewußten Proletariats in seinem revolutionären Befreiungskampfe zu sein. Sie allein ist imstande, die Aufgaben zu lösen, die die wirtschaftliche und politische Situation der Arbeiterklasse stellt. Sie muß im jähren Ringen gegen die Besitzklassen mit allen Mitteln der Agitation, Massentaktik, in der Rationalisierungsversammlung und in den Gemeinden für das Interesse der Arbeiterklasse und für den Sozialismus unermüdet wirken. Durch immer zunehmende Kämpfe um bestimmte, auf die Bewirkung des Sozialismus gerichtete Ziele müssen die Massen zum Entscheidungskampfe um die Eroberung der politischen Macht vorbereitet und gesammelt werden.

Die Erkenntnis der jeweiligen wirtschaftlichen Zusammenhänge und sozialen Machtverhältnisse in Europa nach den Grundfragen des Marxismus wird dem revolutionären Proletariat der tschechoslowakischen Republik in jedem Augenblicke den richtigen und kürzesten Weg zu seiner Befreiung aus den Fesseln des Kapitalismus zeigen und es so zum Siege, zur Bewirkung des Sozialismus führen.

Vorsitzender Genosse Pöhl verliest dann ein Begrüßungsschreiben des Sekretariats der Banntrüger Sozialistischen Partei. Hildebrand stellt den Antrag, die Rede des Genossen Dr. Czoch als billige Broschüre erscheinen zu lassen.

In der Debatte

Sprachen am Vormittag noch die Genossen de Witte und Politischer. De Witte-Karlsbad gedenkt des unglücklich tragischen politischen Ereignisses der allerletzten Zeit, der Schießerei von Graslitz, jener 15 Menschenleben, die in diesen Tagen ausgelöscht wurden. (Die Versammlung erhebt sich.) Zweimal wurde in Graslitz geschossen. Einmal zur Zeit des Sturms der Zunderfeuer und nun zur Zeit der Mobilisierung. Beidemal waren die Toten Opfer zugleich der deutschbürgerlichen Demagogie und jener Staatsraison, die die Tötung der Staatsbürger als ein unentbehrliches Requisite der Regierungslust ansieht. Ich lege Wert darauf, nochmals ausdrücklich festzustellen, daß unsere Partei an den Ereignissen in Graslitz kein Quentchen Schuld hat. Wir bedauern die Opfer und wir klagten an vor dem Forum der Geschichte alle jene, die dazu beigetragen haben, daß diese Menschenleben ausgelöscht werden mußten und fordern die strengste und unparteiische, von keiner politischen Rücksicht irgend wie getriebene Untersuchung der ganzen Angelegenheit, um die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen und das vergossene Blut von Graslitz zu wuschen. Genosse de Witte begründet und bespricht ausführlich die von ihm eingebrachten Anträge.

Hollischer-Karlsbad bespricht die Anträge, die sich mit Fragen der Volksgesundheit befassen. Der Vorsitzende läßt dann — um 12 Uhr — die Mittagspause eintreten.

Die politische Debatte.

In der Nachmittagsitzung am Montag wurde zunächst die Debatte über das Referat Dr. Czochs abgeführt.

Willenthal-Krumman bespricht die Staatsangestelltenfrage. Die Frage der Rückkehr in den Heimatort ist jetzt infolge des Umsturzes auch bei unseren Staatsangestellten eine brennende geworden. Der Redner begründet ausführlich den von ihm zu dieser Angelegenheit eingebrachten Antrag.

Migner-Bischheim würdigt die Arbeit unserer Parlamentarier, verurteilt scharf die neuerliche Konfiskation des „Sozialdemokrat“ und bespricht die Demoralisation des deutschen Bürgertums, insbesondere der Christlichsozialen, die schandvollen Zustände im Coerer Kloster und begründet die von seinem Bezirke gestellten Anträge.

Rühmel-Bitt: Unsere Gegner sagen, daß die deutschen und tschechischen Sozialdemokraten die Brot- und Mehlsteuer erkunden haben. Wenn wir ihnen nun entgegenzutreten wollen, so müssen wir nachweisen, daß diese Behauptung un wahr ist. Aus dem Berichte geht nicht hervor, daß unsere Vertretung gegen die Brot- und Mehlsteuer war, sondern nur, daß von unserer Fraktion die Mobilisierung dieser Steuer angestrebt wurde. Aus diesem Grunde möchte ich bitten, daß im Nachhinein aufzuerstehen wird, daß unsere Fraktion überhaupt nicht für diese Steuer war.

Rahaba-Staab schildert das schändliche Verhalten der Deutschbürgerlichen Westböhmen während der Mobilisierung. Wir müssen von der Regierung mit aller Kraft fordern, daß sie abrüstet und daß diese Millionen nicht weiter umsonst zum Fenster hinausgeworfen werden, daß zumindest unsere Arbeitslosen wenigstens das bekommen, was das Gesetz für sie

dorschreibt. Wenn Sie dort im Parlament nichts anrichten können, rufen Sie uns auf die Strafe und wir werden kommen und demonstrieren. Tessen bin ich gewiß, und nicht allein wir, sondern auch die tschechischen Genossen werden kommen und mitdemonstrieren. (Beifall.)

Palkš-Komotar: Es ist die große geschichtliche Aufgabe unserer Partei, in ihrem Wirkungsgebiete den Nationalismus zu überwinden. Wir sind in diesem Staate als Partei ein vorgegebener Posten des Internationalismus. Es ist ein harter Dienst, den wir da zu erfüllen haben, eine Aufgabe, bei der uns glänzende Erfolge nicht winken. Die Haltung der tschechischen Sozialdemokraten, die bisher wohl das schwerste Hemmnis der proletarischen Einigung in diesem Staate gewesen ist, hat dazu beigetragen, daß heute jeder nationale Bierbankpolitiker frohlocken kann, daß in diesem Staate der Internationalismus verlagert hat. Es ist ein Argument, das wir in seiner Stärke und Zugkraft auf die indifferente Masse nicht unterschätzen dürfen. Wir können wohl sagen, daß wir auf dem Gebiete der Bekämpfung des Nationalismus in unserem Volke bisher unsere Aufgabe voll erfüllt haben. Wir haben uns auch in der schwersten Stunde, gerade in den letzten Mobilisierungstagen, wo doch in den deutschen Gebieten — wir können es ruhig aussprechen — eine nationale Welle sich zeigte, keinen Zollbreit von unserer politischen Richtung ablenken lassen. Wir haben unter dieser ungelösten nationalen Frage bisher schwer gelitten. Wir werden auch weiter die schwersten Opfer bringen, aber diese Bemühungen müssen auch einmal ihre Grenze finden, wenn alles vergeblich sein sollte, in diesem Staate zu gesunden nationalen und politischen Verhältnissen zu gelangen. Wir werden weiterhin versuchen, mit aller Kraft, mit aller Selbstaufopferung die internationale Einigung der Arbeiterklasse in diesem Staate zu fördern. Aber wenn auf der Gegenseite uns gar kein ehrlicher Wille, gar kein ernstes Bemühen entgegenkommt, kann die Stunde kommen, wo unsere Kraft allein zu schwach ist und keine Macht der Welt mehr es wird verhindern können, daß die Weltgeschichte ihr Urteil über diesen Staat ausführt. (Beifall.)

Palkš-Brünn: Die Schwierigkeiten der deutschen Sozialdemokratie in diesem Staate bestehen darin, daß sie nicht etwa nach zwei Fronten, sondern in Wirklichkeit nach drei Fronten zu kämpfen hat: gegen die Deutschbürgerlichen, gegen unsere tschechischen Sozialdemokraten und gegen die Kommunisten. Von der Phrase der nationalen Einheitsfront, mit der uns die Deutschbürgerlichen einzufangen gedachten, fühlen wir uns in dem Sinne, wie die Bürgerlichen das Nationale auffassen, vollständig frei. Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, was dann, wenn die deutsche Bourgeoisie zur Herrschaft käme. Die soziale Nachpolitik als Inhalt der nationalen Politik des deutschen Bürgeriums bedeuten würde. Das hat sich ja gelegentlich der Mobilisierung gezeigt. Wieviel Mühe mußten wir darauf verwenden, um den Genossen die Situation klar zu zeigen, in der wir uns befunden haben, weil das deutsche Bürgerium durch seine ganze bürgerliche Presse ohne Ausnahme an nichts anderes gedacht hat, als die Situation dazu zu benützen, um seinen Klassenstandpunkt gegenüber dem deutschen Proletariat zu vertreten. Die Deutschbürgerlichen haben mit vollem Bewußtsein die lügenhafte Darstellung verbreitet, als ob unsere Stellung zur mitteleuropäischen Reaktion dieselbe wäre, wie unsere Stellung zur Frage der Mobilisierung. Ueberall, wo wir Gelegenheit hatten, zu sagen, wie wir zur Sache stehen, konnte man keinen Zweifel hegen, daß wir die schärfsten Gegner der Mobilisierung waren, die wir allerdings nicht verhindern konnten, weder gesetzmäßig, noch durch andere Kraft. Ich scheue mich allerdings nicht zu sagen, daß wir keine Pazifisten im bürgerlichem Sinne sind, daß wir auf dem Boden der sozialen Revolution und des sozialen Kampfes stehen und unter Umständen auch der Krieg ein revolutionäres Mittel sein kann im Interesse der Entwicklung des Sozialismus. Aber Krieg um keinen Preis, weil es nicht mehr für die Habsburger oder Hohenzollern ist — mit dieser Form des Pazifismus werden wir uns innerhalb der Partei nicht irritieren lassen. — Die andere Front, gegen die wir zu kämpfen haben, ist die Front der tschechischen Sozialdemokraten. Ich halte diese Feinde für gefährlicher, weil wir wissen, daß wir mit den tschechischen Arbeitern zusammenkommen wollen und müssen, weil wir eine Stellung haben, bei der wir aus verschiedenen Gründen nicht immer die scharfe Scheidung betonen können zwischen dem tschechischen Proletariat und seinen Führern, die im Namen des Sozialismus das tschechische Proletariat in den Sumpf hineinführen, in den staatlichen, in den nationalistischen und in letzter Linie, vielleicht ohne es zu wollen, in den kapitalistischen Sumpf. Das nationale Problem der deutschen Arbeiter in der Tschechoslowakei ist ein soziales Problem. Wenn heute der deutsche Teil der Kommunisten sich in Bezug auf das nationale Problem vollständig unter die Führung Schmerals gestellt hat, so liegt darin die Tatsache ausgedrückt, daß den tatsächlichen Bedürfnissen der tschechischen Kommunisten von den deutschen Rechnung getragen wird. Denn was heißt das, wenn die Kommunisten heute sagen, die Lösung des nationalen Problems im Sinne unserer Forderungen ist erst im sozial-

istischen Staate möglich? Das bedeutet die Vertagung des Lebensproblems des Augenblicks im Interesse und für die tatsächlichen Bedürfnisse der tschechischen Kommunisten. Ich bin überzeugt, daß viele Verwirrungen, welche in unseren eigenen Reihen geschaffen wurden, ohne unser Verschulden zustande gekommen sind begründet es, daß wir den Versuch gefaßt haben, die sozialistische, marxistische Bildungsarbeit in den Mittelpunkt zu stellen, denn wir müssen die primitiven Vorstellungen des Sozialismus in allen wesentlichen Punkten den Genossen deutlich machen, damit sie nicht jedem Aberglauben, jeder Utopie und jeder Demagogie, welche sich sozialistisch verkleidet, erliegen. Wir haben keinen Grund, hoffnungslos zu sein; es ist das Besondere des Sozialismus, daß auch seine Niederlagen Siege sind, weil sie zwingen, den eigenen Standpunkt zu vertiefen, die Fehler zuzumachen, und so für das weitere Emporsteigen der sozialistischen Partei zu sorgen. (Lebhafter Beifall.)

Genossin Deutsch-Prag: Die Tatsache, daß wir Frauen seit zwei Jahren das Wahlrecht besitzen, bestimmt mich, vor allem über eine Frage zu sprechen, welche heute die ganze Öffentlichkeit bewegt, nämlich über die Frage der Trennung von Kirche und Staat. Es ist ein Faktum, daß gerade die katholische Kirche mehr als jede andere den stärksten Einfluß auf die Menschen, vor allem auf die Frauen ausübt. Jetzt, wo die Frauen das Stimmrecht haben, ist diese Tatsache für uns von umso größerer Bedeutung, denn es ist nicht möglich, daß wir diese Gefahr bloß mit dem Hinweis der Frauen abtun. Unsere Aufklärungsarbeit muß vor allem in dem Sinne geleistet werden, daß wir nicht gegen die Institution der Kirche, sondern vor allem gegen das politische Bollwerk der Kirche vorgehen müssen. Wir müssen den Frauen vor allem zeigen, wie wenig die katholische Kirche die Heterie der Religion ist. Die katholische Kirche ist heute das Herrschaftsinstrument in der Hand der kapitalistischen Klassen, das Werkzeug des kapitalistischen Bürgertums, wie sie einmal der Büttel der Adels Herrschaft gewesen ist. Wir müssen vor allem gegen die Bevormundung der Schule durch die Kirche protestieren. Die Frauen müßten eigentlich doch schon längst erkannt haben, wie sie bei den letzten Wahlen von den Bürgerlichen betrogen und über's Ohr gebauen worden sind. Sie müssen hinaus in die kampferfüllte Wirklichkeit des Lebens, dann wird umso eher die Zeit kommen, wo alle Frauen und alle Menschen zu ihrer geistigen und seelischen Harmonie nicht mehr die Kräfte der Religion notwendig haben werden. Unsere irdischen Ketten werden fallen mit dem Siege des Sozialismus. Darum begrüßen wir proletarischen Frauen den Sozialismus als unseren Befreier und Erretter. (Lebhafter Beifall.)

Hammeri-Preßburg: Die Verhältnisse in der Slowakei sind noch weit schlimmer als die in der übrigen Republik. Die sogenannte Verwaltung für die Slowakei arbeitet nur mit Gewalt. Sie sucht in Prag Glauben zu machen, daß bei uns nur mit diesen Mitteln regiert werden kann. Sie behandelt die gesamte Arbeiterklasse und Bevölkerung, als ob sie nur Wegelagerer und Trottel wären. Die Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot ist in der Slowakei stärker als anderswärts und keine Aussicht besteht auf Abhilfe. Eine Rechtsicherheit gibt es bei uns nicht. Mit Standrecht und Ausnahmezustand kann man aber die Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot nicht lösen. Das Ministerium aber hat ein Mittel dagegen gefunden und das ist die Polizei. Sie löst die Wohnungsnot, die Lebensmittelnot, die Arbeitslosigkeit. Bei Nacht und Nebel werden Arbeiter aus den Betten gerissen und mit doppeltem Polizeifordon, wie sibirische Verbrecher, über die Grenze geschafft. (Wutruf). Ein Genosse wurde dieser Tage ausgewiesen, weil er nicht beweisen konnte, daß er politisch verlässlich ist. Auch auf dem Gebiete der Gemeindepolitik spotten die Zustände dort aller Kritik. Die städtische Mädchenschule konnte deutsche Paralellklassen nicht errichten, obwohl es sich um zahlreiche deutsche Proletarierkinder handelte. Das sind die Verhältnisse in Bratislava, der sogenannten Hauptstadt der Slowakei. Nun stellen Sie sich erst die Verhältnisse in den übrigen Teilen der Slowakei vor! Standrecht und Zensur müssen dazu dienen, daß es nicht anders wird. Es gibt bei uns eine große Anzahl überzeugter Genossen und zwar solche, die trotz der verzweifeltsten Situation nicht die Fenster einschlagen wollen, sondern die Arbeiter zielbewußt aus den Fesseln der Ausbeuter befreien wollen. Helfen Sie uns, damit wir gemeinsam mit Ihnen dem Sozialismus zum Siege verhelfen können. (Lebhafter Beifall.)

Genossin Kirpal-Kuffig: bespricht die Schwierigkeiten der parlamentarischen Arbeit unserer Genossen. Die erste parlamentarische Arbeit der Frauen war, daß sie einen Antrag über Mutterfürsorge einbrachten. Wir riefen nicht nur die tschechischen Rechtssozialisten zur Mitarbeit, sondern bemühten uns auch um die tschechischen Kommunisten. Am Tage nach der Durchberatung aber teilten uns die tschechischen Kommunistinnen mit, daß sie mit uns an dem

Antrag nicht arbeiten können und dürfen. Wir waren nun gezwungen, diesen Antrag mit den tschechischen Genossinnen der Rechtspartei zu machen. Inzwischen wurde unser Gedanke aber in ganz demagogischer Art und Weise von den tschechischen Genossinnen mißbraucht und von den tschechischen Kommunisten schnell ein diesbezüglicher Antrag im Hause vorgelegt. Ganz kurze Zeit darauf ließen wir diesen Antrag von den tschechischen Rechtsgenossinnen an erster Stelle zeichnen. Da lämen die tschechischen Rechten und meinten, sie müßten diesen Antrag wieder zurückziehen, es sei ihnen unmöglich, daß sie als Majorität des Hauses einen Antrag mit uns einbringen, der erst in deutscher Sprache vorliege und von dem dann die Uebersetzung in tschechischer Sprache erfolge. So ging dieser Antrag ein zweitesmal zurück und eine neue Ausgabe wurde dem Hause vorgelegt, tschechisch und eine deutsche Uebersetzung. Aus diesem Beispiel ersuchen Sie, daß sowohl mit den tschechischen Rechten als auch mit den tschechischen Kommunisten keine gemeinsame Arbeit möglich ist. Auf beiden Seiten ist überhaupt kein Wille zu einer Zusammenarbeit mit den deutschen Sozialdemokraten vorhanden.

Arnborg-Weidenbach wendet sich gegen den Antrag auf Aufhebung des Zwangsanges und fordert unsere Abgeordneten und Senatoren

Der Kampf um die Sozialversicherung.

Rede des Abgeordneten Genossen Taub:

Gemeinsam mit den sozialdemokratischen Parteien, die nunmehr auf die Nachfolgestaaten des alten Oesterreichs aufgebaut sind, haben wir im alten Oesterreich den Kampf für die Alters- und Invalidenversicherung und für die Witwen- und Waisenversorgung geführt. Ich erinnere daran, daß schon am Hainfeld-Parteitag im Jahre 1889 die Partei den Kampf um die Alters- und Invalidenversicherung auf ihr Programm gestellt hat. Wenn wir heute über die Einheitsklasse und über die Lohnklasse sprechen, so erinnere ich daran, daß schon auf dem Parteitage in Wien im Jahre 1891 über diese beiden Fragen verhandelt wurde. Wenn wir heute über die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter in die Unfallversicherung, über die Unfallversicherung der Hausgehilfen beraten, so haben wir uns auch schon auf früheren Parteitagen mit diesen Fragen befaßt. Dieser Kampf der Arbeiterklasse hat im alten Oesterreich einen Entwurf Kärder im Jahre 1904 zutage gefördert, der im Jahre 1908 durch einen Entwurf Bed abgelöst wurde und im Jahre 1911 im Kabinett Bienerth durch einen lombinierten Entwurf verfaßt wurde. Zu Beginn des Krieges lag ein Entwurf vor, der allen unseren Anforderungen zwar nicht entsprach, aber schon die Merkmale der Kritik durch unsere Partei zeigte. Der Krieg hat die Gesetzgebung verhindert, während des Krieges hat man überhaupt an die Realisierung dieses Entwurfes nicht gedacht. Im Jahre 1918 hat man im neuen Oesterreich einen neuen Entwurf verfaßt, der schon dem modernen Geist Rechnung trug und namentlich den früheren Mangel der Vorlage beseitigte, nämlich die Verbindung der selbständigen Versicherung mit der allgemeinen Sozialversicherung. Auch dieser Entwurf hat unseren Genossen im neuen Oesterreich nicht entsprochen und sie sind daran gegangen, einen neuen Entwurf auszuarbeiten, mit dem sich gegenwärtig das österreichische Parlament zu befassen haben wird. Auf die Grundzüge dieser Vorlage werde ich in meinen weiteren Ausführungen zurückkommen. Worum ging der Kampf im alten Oesterreich? Der Kampf ging gegen die Aristokratie, gegen die selbständigen mit der allgemeinen Sozialversicherung, gegen den Raub der Selbstverwaltung der Krankenkassen, der seitens aller Regierungen im alten Oesterreich an den Krankenkassen verübt worden ist. Zur Kenntnisnahme des Kampfes im tschechoslowakischen Parlament muß ich Ihnen die Deklarationen der verschiedenen Regierungen zur Frage der Sozialversicherung vortragen. Die erste Regierung Aramarsch hat von der Sozialversicherung, wie überhaupt von sozialpolitischen Fragen nicht gesprochen. Die ganze Nation, einschließlich der tschechischen Genossen, war damals eitel Wonne; sie haben nur das Streben gehabt, den Staat zu schaffen und einzurichten. Die Regierung Tufar hat am 10. Juli 1919 folgende Erklärung abgegeben: Trotz aller Veränderungen, welche die Stellung des arbeitenden Menschen erfährt, wird der Staat nicht der Verpflichtung enthoben werden können, mitzuwirken an seiner Versorgung in einer Zeit, in der die Arbeitsfähigkeit herabgemindert oder erschöpft sein wird. Darum will die Regierung fortfahren in dem Ausbau der Sozialversicherung, für die durch die Reform des Krankenversicherungsgesetzes ein wichtiger Grundpfeiler gelegt wurde. In seiner zweiten Regierungserklärung vom 1. Juni 1920 stellt

auf, mit allen Mitteln jede Verschlechterung des Krankenversicherungswesens zu verhindern.

Stark-Marienbad: Die Lehre, die wir aus der Rede des Genossen Tufar ziehen müssen, ist, daß wir nur für unsere künftige politische Tätigkeit eine neue Parole schaffen müssen. Diese kann nur sein: Für die Demokratie, gegen die Scheindemokratie. Es wäre das gleichzeitig ein Kampfmittel gegen die bürgerliche Reaktion und gegen den Kommunismus, birgt aber auch die Möglichkeit in sich, den tschechischen Proletariern, die noch denken, die Augen zu öffnen. Es ist aber vielleicht auch für unsere Partei notwendig, denn seit dem Abflauen der revolutionären Stimmung ist eine gewisse politische Verbrossenheit eingetreten. Es haben sich nicht nur die Indifferenten verflüchtigt, sondern auch viele Parteigenossen auf den gewerkschaftlichen Boden zurückgezogen und die Gefahr ist nahe liegend, daß ein großer Teil der Genossen, die früher politisch tätig waren, sich jetzt lediglich gewerkschaftlich betätigen. Wir müssen den Kampf für die Demokratie gegen die Scheindemokratie führen.

Die Reden der Genossen Stadler (Kotmou) und Dr. Heller, das Schlusswort Dr. Tufars, das Ergebnis der Abstimmung über die vorliegenden Anträge und der Bericht der Mandatprüfungskommission mußten wegen technischer Schwierigkeiten für die morgige Nummer zurückgestellt werden.

Tufar sagt: „Die Kriegsjahre haben die Gesundheit der Bevölkerung schwer beeinträchtigt. Es ist notwendig, diesem Umstande ganz besondere Beachtung zu widmen und den Kindern und der Körperpflege die allgeröchteste Sorgfalt zuzuwenden. Die Regierung wird ein Gesetz unterbreiten, durch welches der Verbreitung der Infektionskrankheiten gesteuert und die Körperpflege gefördert werden soll. Außerdem werden wir es als unsere Aufgabe betrachten, das Gesetz über die Verstaatlichung der Krankenanstalten und der Gesundheitspolizei durchzuführen. Sie will die Krankenkassen als Grundpfeiler berücksichtigen.“ Von dem, was die Regierung an sozialpolitischen Gesetzen versprochen hat, ist mit einer Ausnahme nichts realisiert worden, über die Pelta hinaus ist keines dieser Gesetze gekommen. In einem dreiviertel Jahr ist wohl ein Fortschritt zu verzeichnen, nur Tufar hat einen kleinen Unterschied gemacht. Er hat früher konstatiert, daß die Krankenversicherung als Grundpfeiler der Sozialversicherung dienen wird und er hat nunmehr nur gesagt, daß an der Vorlage „gearbeitet“ werde. Es ist Tatsache, daß unter der Regierung Tufar an dieser Vorlage gearbeitet wurde, aber sie ist überhaupt nicht vor das Haus gekommen. Dann kam die Beamtenregierung und es ist bezeichnend, daß die Regierungserklärung Czerny am 26. Oktober 1920 die Sozialversicherung überhaupt sozialpolitische Gesetze nicht mehr berührt hat. Dann kam die Programmrede des gegenwärtigen Ministerpräsidenten Benesch am 18. Oktober 1921. Er hat sich etwas länger mit der sozialpolitischen Gesetzgebung beschäftigt und unter anderem gesagt: „Die wirtschaftliche und finanzielle Stabilisierung des Staates bildet die Bedingung dafür, daß wir durch Ersparungen und Hebung unseres Kredits uns der Verwirklichung einzelner sozialer Reformen widmen können, die für diesen Staat absolut unumgänglich sind.“ Er sagte dann zum Schluss: „Unsere Tätigkeit auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung muß möglichst vom Sinn für die Konsolidierung und Konstruktivität des Staates durchdrungen sein. Wir müssen nicht nur einen Augenblick Abschnitt des sozialen Lebens vor Augen haben, sondern die Gesamtheit, den ganzen Staat. Dies bedeutet, daß unsere soziale Gesetzgebung durchdacht und planmäßig sein muß, nicht den Nihilismus fürchten muß und auch nicht fürchten wird, aber auch nicht den Fehler begehen darf, daß man sie als abenteuerlich bezeichnen könnte und nicht außer acht lassen, daß wir ein Export- und Industriestaat sind, der von der großen internationalen Konkurrenz beinhalten wird. Wahrhaft tiefgreifende soziale Reformen müssen mit Rücksicht auf die internationale Konkurrenz vor sich gehen.“ In der Erklärung Koerber, Bed und selbst bei Bienerth werden Sie ganz dasselbe Wortspiel finden wie in der Regierungserklärung Benesch. Wir sind für die Sozialversicherung heißt das, aber müssen beacht nehmen auf die Produktionsmöglichkeit und die Finanzlage des Staates, kurz und gut, wir können bei der Realisierung der Sozialversicherung nur mit der Finanzlage des Staates Schritt halten. Das ist der Standpunkt der Regierung Benesch zur Sozialversicherung. An der Hand des Exposees des Finanzministers Kopal würden Sie erfahren, daß das, was ich gesagt habe, wirklich zutrifft. Wir stehen also denselben Verhältnissen gegenüber wie im alten Oesterreich, es hat sich nichts geändert.

Wenn ich eine Fassung habe, so ist es die, daß die Arbeiterchaft in ihrer Gesamtheit von der Ueberzeugung durchdrungen ist, daß die Sozialversicherung um jeden Preis Gesetz werden muß und daß die Gesundheitsverhältnisse dieses Staates die Regierung aus Staatsinteresse zwingen werden, die Sozialversicherung zu schaffen.

Sie in Nordböhmen kennen ja die Gesundheitsverhältnisse, namentlich im Erzgebirge, wo in Gieslitz das Düngefieber herrscht und nach den statistischen Daten — es wird ja leider fast nichts zur Verfügung gestellt — die ich mir selbst im Gesundheitsministerium verschafft habe, können wir folgendes sehen: Auf je 1000 Einwohner sind Geburten entfallen im Jahre 1881 in Mähren 36,6, gestorben 30,7. Im Jahre 1915 während des Krieges ist die Ziffer vollständig umgekehrt: 21,4 geboren und 20,2 gestorben. Im Jahre 1916 15,3 geboren und 18,6 gestorben; im Jahre 1917 14,2 geboren und 18,2 gestorben. In Böhmen sind die Verhältnisse noch viel ärger: Im Jahre 1881 gab es auf je 1000 Einwohner 37 Geburten und 29,2 Sterbefälle, in den Kriegsjahren waren die Verhältnisse folgendermaßen: Im Jahre 1915 18,2 Geborene, 19 Gestorbene, im Jahre 1916 12,8 Geborene, 17,9 Gestorbene; im Jahre 1917 11,4 Geborene, 18,7 Gestorbene; im Jahre 1918 10,9 Geborene, 23,6 Gestorbene. (Hört, hört!) Selbst noch im Jahre 1919 haben wir 17,6 Geborene und 17,7 Gestorbene, das heißt mit anderen Worten, daß wir bisher — bis Ende 1920 — noch immer keinen Bevölkerungszuwachs haben, daß wir uns vom Krieg noch immer nicht erholt haben und daß wir voraussichtlich unter den Folgeerscheinungen des Krieges noch Jahre hindurch zu leiden haben werden. Freudestrahelnd verkündet wohl das Gesundheitsministerium eine Besserung im ersten Halbjahr 1921 und stellt fest, daß wir im Vorjahre noch einen Abgang von 2,37 pro Mille, also eine Bevölkerungsabnahme hatten, während jetzt eine Zunahme von 0,02 pro Mille zu verzeichnen ist. Das Gesundheitsministerium mag sich damit zufrieden geben, aber wir können es nicht. Sie erkennen daraus, daß das Ministerium, das sonst nicht recht dazu zu haben ist, Statistiken auszuarbeiten, sich jetzt bemüht, halbjährige Statistiken zu liefern, um sich selbst vor Augen zu führen, wie notwendig es ist, auf dem Gebiete des Gesundheitswesens etwas zu machen. Vom 1. Januar bis 16. Juli 1921 gab es 19.781 Geburten, im vorangegangenen Halbjahre bloß 11.003. Im ganzen Jahre 1921 hat die Geburtenzahl 25.151 betragen. Auf 1000 Personen der Bevölkerung entfallen im Jahre 1921 22,3 Geburten. Um Ihnen zu zeigen, daß wir noch weit hinter den anderen Staaten zurück sind, möchte ich darauf hinweisen, daß in England die Zahl der Geburten 26,2 beträgt und selbst in Italien 24,9.

Und nun zur

Säuglingssterblichkeit.

Wenn das Ministerium feststellt, daß die Gesundheitsverhältnisse sich im ersten Halbjahr 1921 gebessert haben, so folgt der Herdeseufz sofort nach, denn die Säuglingssterblichkeit hat eine erschreckende Ziffer erreicht. Wir haben von 1000 Geburten 130 Sterbefälle zu verzeichnen und werden in Europa nur von einzelnen Städten übertroffen, welche am meisten während des Krieges an Unterernährung gelitten haben, und zwar von Berlin, Leipzig, Köln, Wien und Triest. Es ist charakteristisch, was das Gesundheitsministerium hierzu zu sagen hat. Es sagt, die Gründe der Säuglingssterblichkeit sind bei uns einerseits zu suchen in der ungenügenden Erziehung, zweitens in den sozialen und hygienischen Verhältnissen der Schichten mit der größten Durchschnittszahl an Geburten, drittens in der ungenügenden Sorge um die Säuglinge und schließlich in der Epidemie, welche die Kinder auf die Welt mitbringen. Ist es nicht erschreckend, wenn eingestanden wird, wie verheerend die Epidemie in diesem Falle wirkt, und wenn andererseits alle Maßnahmen, die von uns schon längst zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten beantragt wurden, nicht nur nicht in Verhandlung gezogen werden, sondern daß über diese Frage überhaupt nicht ernstlich diskutiert wird, daß das Parlament nicht Zeit dazu findet, sich mit diesem für den Staat wichtigsten Problem zu beschäftigen? Es wird freudestrahelnd verkündet, daß mehr Knaben geboren werden als Mädchen. Es ist eine alte Erscheinung, daß nach allen Kriegen ein Geburtenüberschuß an Knaben auftritt, der Grund dieser Erscheinung ist noch nicht ermittelt. Es wird festgestellt, daß auf 100 Mädchen 109 Knaben entfallen. Aber leider macht uns wieder die Sterblichkeit einen Strich durch diese Rechnung, denn es sterben 114 Knaben auf 100 Mädchen. Die Bevölkerungsabnahme beträgt 2,3.

Diese erschreckenden Ziffern sollten den Regierenden dieses Staates zu denken geben. Auf

je 100.000 Einwohner entfallen 355 Sterbefälle an Tuberkulose allein. (Hört, hört!) Was das bedeutet, zeigt, daß im Staate New-York auf 100.000 Einwohner 106,8 Sterbefälle an Tuberkulose entfallen, also dreieinhalbmal so viel bei uns als in New-York. Und was sagt das Gesundheitsministerium dazu? Es sei daraus ersichtlich, daß der Kampf der Regierung und der privaten Faktoren gegen die Tuberkulose das wichtigste Gebot der Zeit ist.

Eine genaue Feststellung der Zahl der Geschlechtskranken, insbesondere der Syphiliskranken, wäre zu wünschen. Man kann nicht mehr den Mantel der Verschwiegenheit darüber breiten, wir müssen den Feind kennen, um ihn wirksam bekämpfen zu können. Wir müssen wissen, wo er wirkt.

Und nun noch einige Ziffern, welche symptomatisch sind für die gegenwärtige Zeit.

Die Zeit der Selbstmorde.

In den Jahren 1911 bis 1913 entfielen auf eine Million Einwohner in Böhmen 326,8 Selbstmorde, in Mähren 244, in Schlesien 247,8. In den Städten, auf die sich meine Statistik bezieht, beträgt die Zahl 502,5, also eine Steigerung um das Doppelte. Wir sehen daraus, daß es im Interesse des Staates gelegen ist, der Frage der Sozialversicherung nicht mehr aus dem Wege zu gehen.

Wie stellen wir uns die Sozialversicherung vor?

Was den Umfang der Versicherung angeht, haben wir in der Resolution den Grundsatz ausgesprochen, daß alle gegen Lohn, Gehalt oder Naturalbezug beschäftigte Personen in die Versicherung einzubeziehen sind. Auch hinsichtlich der öffentlichen Angestellten darf bei unserem Erstreben nach einheitlicher Versicherung keine Ausnahme gemacht werden. Diese haben selbst ein Interesse daran, vor aller Welt zu dokumentieren, daß dort, wo es sich um die Sicherung des Alters und um die Sicherung für den Krankheitsfall handelt, ein Unterschied zwischen den Menschen nicht bestehen darf und kann. Wenn sie jetzt vielleicht eine privilegierte Stellung einnehmen, weil für sie die Frage der Pensionsversicherung schon von früher her geregelt wurde, so mögen sie nicht vergessen, daß die Arbeiterschaft eine Pensionsversicherung und eine Altersversicherung nicht mit in Kauf nehmen kann, die in der Relation sich nicht in denselben Bahnen bewegen würde, wie die der Staatsangestellten. Ich bin überzeugt, daß wenn die öffentlichen Angestellten nicht die Unterstützung der Partei bekommen hätten, sie in dieser Frage niemals einen Erfolg zu verzeichnen hätten. Bei den Krankenkassen besitzen wir bereits viele Ambulatorien, Erholungsheime, Mutterberatungsstellen, Kinderambulatorien, gynäkologische Ambulatorien und andere Institutionen. Alle diese Institutionen sollten von den öffentlichen Angestellten bei ihren Krankenkassen neu erstellt werden. Wäre das nicht eine Geldvergeudung? Es wäre doch viel rationeller, wenn man die öffentlichen Angestellten in die bestehenden Institute überführt und die bereits bestehenden Wohlfahrtsanstalten besser ausgestaltet und ausbauen würde, wie es den modernen, hygienischen Anforderungen entspricht.

Wir stehen auch auf dem Standpunkte, daß im Rahmen der Sozialversicherung

die Arbeitslosenfürsorge

geregelt werden muß. Der bisherige Modus muß beseitigt werden, daß der Arbeiter die Arbeitslosenunterstützung nur sechs Monate lang beziehen kann, ohne Rücksicht darauf, ob er dann noch weiter arbeitslos ist. Wir sind uns dessen bewußt, daß die Lösung der Arbeitslosenfrage im Rahmen der Sozialversicherung nur mit einem großen Aufwande von Mitteln und mit einer starken Belastung der gesamten Arbeiterschaft verbunden wird. Aber wir halten diese Lösung für die einzig mögliche. Denn der Arbeiter will keine Gnade, er will kein Almosen, sondern für die Tauer der Arbeitslosigkeit, an der er selbst nicht schuld ist, geschädigt sein. Deshalb verlangen wir, daß der Arbeiter nicht nur bei der Krankenversicherung sondern auch bei der Unfall-, Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenversorgung beteiligt ist, also in allen Versicherungszweigen. Was die Karenzfrist anlangt, so ist nicht einzusehen, warum diese überhaupt eingeführt werden soll. Im Zeitpunkt, wo der Staat diese Lasten auf sich nimmt, muß die Karenzpflicht für alle Versicherungszweige entfallen.

Ich komme zur wichtigen

Frage der Selbstverwaltung.

Ich kann ruhig erklären: Was aus der Krankenversicherung geworden ist, hat die sozialdemokratische Partei und ihre Selbstverwaltung aus ihr gemacht. Hätten wir uns nach den Bürokraten des alten Oesterreich gerichtet, wir wären auf dem Gebiete der Kranken- und Unfallversicherung noch lange nicht so weit, wie wir sind. Wir haben eine hübsche Strecke Weg zurückgelegt und wir können mit Stolz auf unsere Krankenkassen und Sozialversiche-

rungsinstitute hinweisen. Wenn man uns die Selbstverwaltung nimmt oder nur einengt, — wird irgend ein Bureaukrat, mag er von dem besten Gedanken befehle sein, jemals darauf kommen, das Institut in dem Geiste zu leiten, wie wir es haben wollen? Ich sage ganz offen: Versucht man die Selbstverwaltung durch die Versicherten irgendwie einzuschränken, so ist das für uns das Signal, wozu der Kurs geht. Ich warne aber die Regierung entschärfen, auch nur einen Moment daran zu denken, auch den Unternehmern in der Verwaltung irgend einen Einfluß zu gewähren. Die Unternehmer sagen, daß sie ja auch Beiträge zahlen. Muß man sich immer wieder mit diesem Argument beschäftigen? Wir verlangen doch nicht nur die Beiträge der Unternehmer, sondern auch die des Staates. Aber trotzdem verlangen wir die Verwaltung durch die Versicherten selbst. Das ist kein Widerspruch. Wir werden billiger verwalten, als die Bureaukraten und Beweis dafür ist die Einhebung der Reichsteuer. Mit dem Proporz sind wir einverstanden. Uns ist nicht bange. Es wird schon aufgedeckt werden, wer es ehrlich mit dem Arbeiter meint. Taggen sind wir aber entschieden, daß die Unternehmer in die Verwaltung hereinzureden haben. Wenn die Unternehmer eine systematische Kontrolle wollen, niemand wird sie daran hindern. Im Gegenteil, wir laden sie dazu ein. Wenn sie objektiv sind, werden sie immer zugeben müssen, daß unsere Verwaltung jeder Kritik standhalten kann.

Der 4. Punkt der Resolution befaßt sich mit der Frage der Einheitskasse. Wir verlangen die Einheitskasse nicht seit heute oder gestern, sondern seit wir in die Sozialversicherung dreinzureden haben. Langsam wird unserem Ruf, der keineswegs nur im Interesse der Versicherten gelegen ist, entsprochen. Endlich haben wir es soweit gebracht, daß wir statt 2400 Krankenkassen in Böhmen, Mähren und Schlesien nur mehr 542 haben. Aber auch das entspricht noch nicht. Wir wollen den Grundsatz feststellen, daß für den politischen Bezirk eine Krankenkasse zu fungieren hat. Heute haben wir noch Orte, wo nebeneinander zwei oder drei Krankenkassen bestehen, registrierte Hilfskassen, Vereinskassen, deren Verdienst durch die Krankenkassen nicht geschmälert werden soll, weil sie die Pioniere der Krankenversicherung gewesen sind, aber heute ist das eine überlebte Institution. Man kann der Kasse meinetwegen den Titel „Allgemeine Krankenkasse“ geben, aber bei der politischen Behörde soll eine Krankenkasse bestehen. Wir protestieren auch gegen die Errichtung der landwirtschaftlichen Krankenkassen und verlangen die Errichtung der Einheitskassen für den politischen Bezirk. Wir wollen nicht, daß aus der Bestimmung des gegenwärtigen Gesetzes das Recht abgeleitet werde, aus nationalen Gründen Vereinigungen von Krankenkassen vorzunehmen, wie bei der Vereinigung der Kasien Inaim-Widwaj, wo die Vereinigung nur aus nationalpolitischen Gründen erfolgt ist, trotzdem die Orte 30 Kilometer voneinander entfernt sind. Wir müssen auch verlangen, daß den sprachlichen Bedürfnissen aller Mitglieder entsprochen wird.

Nun zu dem wichtigsten Kapitel der Vereinigung aller schon bestehenden Versicherungsanstalten mit der Sozialversicherung. Wir haben heute die Bruderladen, die allgemeine Pensionsanstalt und die Erfindungsinstitute. Da müssen wir uns den Verdrang der Pensionsversicherung vor Augen halten. Im österreichischen Parlament ist im Jahre 1906 ein Entwurf betreffend die Angestelltenversicherung aufgetaucht, die Herren haben sich mit einmal erinnert, daß es einen Stand gibt, an den sie bisher nicht gedacht haben, gerade zu einer Zeit, als die Wahlen nach dem allgemeinen Wahlrecht vorgenommen werden sollten. Da hat man die Angestelltenversicherung aus dem Fußboden gestampft. Es war ein politischer Schachzug. Ist es vernünftig, daß eine zweite Versicherung neben der allgemeinen Versicherung besteht? Für die Vereinigung beider Versicherungszweige spricht auch die Frage der Verwaltungskosten. Diese betragen jetzt bei der allgemeinen Pensionsanstalt für ein Mitglied 74 Kronen pro Person, bei der allgemeinen Sozialversicherung in Deutschland auch heute nach dem Krieg 11,43, das ist der siebente Teil. Schon aus diesem Grunde sind die Versicherungen zu vereinigen. Was die Frage des Infrastretens des Gesetzes betrifft, so soll das Gesetz binnen einem Jahr nach der Publikation in Kraft treten. Wir verlangen die Aktivierung der Sozialversicherung sofort.

Wir wissen, daß die Industriellen gegen die Sozialversicherung nicht so Sturm laufen werden, wie es in den ersten Jahren des alten Oesterreich der Fall war, weil sie die einheitliche Phalanx der Arbeiterschaft in dieser Frage fürchten. Aber ich bin davon überzeugt, daß sie auf Schritt und Tritt Schwierigkeiten bereiten und versuchen werden, die Sozialver-

sicherung zu verhindern. Wir sind uns also dessen bewußt, daß es keinesfalls sehr einfach sein wird, die Frage der Sozialversicherung zu lösen, sondern daß wir auf Widerstände stoßen werden, die wir zu beseitigen haben werden. Wir sind aber überzeugt, daß das Problem gelöst werden wird.

Man sagt, daß die finanzielle Belastung des Staates eine gewaltige sein wird. Im alten Oesterreich rechnete man, daß für dreimal so viel Versicherte einschließlich der Selbständigenversicherung ein Aufwand von 288 Millionen notwendig sein wird. Wenn Sie den dritten Teil nehmen und ihn auf 100 Millionen abrunden und wenn Sie annehmen, daß wir eine Erhöhung der Renten auf das fünfzehnfache haben wollen — es ist damit nicht gesagt, daß auch die Prämien fünfzehnfach so hoch sein müssen — aber selbst unter der Annahme, daß sie fünfzehnfach so hoch sein müßten, würde das einen Aufwand für die Sozialversicherung und die Selbständigenversicherung von 1 1/2 Milliarden ergeben. Diese Belastung ist im Verhältnis zu dem Aufwand für den Militarismus im Betrage von 3,6 Milliarden keineswegs so gewaltig.

Ein Wort muß auch über die Kriegsbeschädigten gesprochen werden. Es ist nicht notwendig, nachzuweisen, daß die Kriegsbeschädigtenfrage nicht im Rahmen der Sozialversicherung gelöst werden kann. Wir sind dafür, daß die Kriegsbeschädigten das erhalten, was sie zum Leben notwendig brauchen. Was man ihnen gegenwärtig gibt, diese Renten von 45 bis 375 Kronen, sind ungenügend. Wir verlangen eine 100prozentige Erhöhung der Renten und eine 200prozentige Erhöhung der Waisenrenten. Wir bitten den Parteitag, auszusprechen, daß er hinter diesen Forderungen des Klubs steht. Ich glaube, daß die Ziffern, die ich Ihnen vor Augen geführt habe, in Bezug auf die Gesundheitsverhältnisse in der tschechoslowak. Republik direkt danach schreien, daß auf dem Gebiete der Sozialversicherung das geschaffen wird, was wir wollen. Einige Ärzte gehen damit krebsen, daß die Verwaltungen der Krankenkassen Feinde der Ärzte sind. Wir sollten Feinde der Ärzte sein, die wir davon durchdrungen sind, daß wir die Sozialversicherung in dem Sinne, wie ich es angedeutet habe, nur dann ausgestalten können, wenn die Ärzte aktiv mittun? Woran wir krank, ist nicht, weil wir es mit den Ärzten schlecht meinen, sondern weil wir es gut meinen — daß wir zu wenig Menschen-Ärzte haben. (Lebhafte Beifall.) Wir sind keine Feinde der Ärzte, sondern Freunde! Glaubt man, daß die Partei sich gegen die freie Arztwahl aussprechen würde, wenn sie davon durchdrungen wäre, daß die freie Arztwahl wirklich im Interesse der Versicherten gelegen ist? Es sind wiederholt Exkursionen nach Deutschland unternommen worden, um sich von den praktischen Erfolgen der freien Arztwahl zu überzeugen. Weil wir uns davon überzeugt haben, daß die freie Arztwahl in Deutschland keineswegs eine gute Behandlung der Versicherten verbürgt, nur deshalb sind wir gegen die freie Arztwahl. Was bedeutet die freie Arztwahl im Rahmen der Sozialversicherung? Es wird einigen Ärzten, die es verstehen, sich bei den Mitgliedern beliebt zu machen, ein großes Einkommen gesichert und die große Masse der Ärzte kann unmöglich in der Sozialversicherung ihre materielle Befriedigung finden. Es ist klar, daß Menschen, die nur einen Bruchteil ihres Einkommens hiebei verdienen, niemals mit dem ganzen Herzen bei der Sache sein können, sondern nur oberflächliche Arbeit leisten können. Aus diesen Gründen müssen wir uns gegen die freie Arztwahl stellen. Ich bitte Sie, Parteigenossen, wenn der Ruf an Sie ergeht, in den Kampf für die Sozialversicherung einzutreten, dafür zu sorgen, daß wir wieder jene Massenunbehagen herbeiführen, wie im alten Oesterreich. Ich bin überzeugt, daß es keine politische Forderung ist, die wir hier stellen, sondern eine Forderung der Humanität. Wir wollen, daß der Arbeiter, der geradert und gearbeitet hat sein Leben lang, an seinem Lebensabend wirklich die Verhütung und Sicherheit hat, daß er zu leben hat. Nach dieser Richtung hin geht unser Sinn, geht unser Streben und alle unsere Kräfte wollen wir in nächster Zukunft in den Dienst dieser Sache stellen. (Stürmischer Beifall und Gänkeklaffen.)

Die Debatte.

Genosse Bricha-Wellebors: Als im Jahre 1897 die dritten Schichten der Arbeiterschaft zum erstenmal zur Wahlurne schritten, da stand der Kampf unter dem Wahrspruch: „Für die Sozialversicherung!“ Die Sache der Sozialversicherung ist von so hervorragender Wichtigkeit, daß wir nicht länger gesonnen sind, die Sache noch auf die lange Bank schieben zu lassen. Wir fordern die Regierung nachdrücklich auf, dieser Sache einmal ein wenig Aufmerksamkeit zu widmen. Unsere ursprüngliche Forderung verwickelt werden, so muß ein Gesetz geschaffen werden,

das alle Hintertüren unmöglich macht. Es darf kein Gesetz werden, wie das der Privatangestellten-Pensionsversicherung, das viele Hintertüren aufschließt und es der Willkür der Unternehmer anheimstellt, ob jemand in die Versicherung hineingehört oder nicht. Ich richte an die deutschen sozialdemokratischen Führer den Appell, lassen Sie von unseren alten Forderungen zur Verwirklichung der Sozialversicherung keinen Punkt nach!

Vorsitzender Dr. Czech schließt hierauf die Monatsversammlung.

Schluss der Sitzung um halb 7 Uhr abends.

Die Dienstagführung.

Vorläufiger Bericht.

Heute vormittags wurde die Debatte über die Sozialversicherung abgeführt. Sie stand auf bemerkenswerter Höhe. Es wurde Stellung genommen gegen die Zersplitterung in der Krankenversicherung und es kam die Erregung der Arbeiterschaft zum Ausdruck, daß die Sozialversicherung noch nicht im Parlament verhandelt wird. Dann hielt Gen. Reihner ein umfangreiches und sachkundiges Referat über sozialdemokratische Gemeindepolitik. Die Debatte hierüber fand nachmittags statt. In der Debatte wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß dieses Kommunalprogramm die Unterlage sei, nach der die sozialdemokratischen Vertreter in den Gemeinden zu wirken haben. Sodann gelangte Gen. Jaksch zu Wort, der über Sozialdemokratie und Landwirtschaft sprach. Nach einigen allgemeinen kritischen Bemerkungen über die Entwicklung der Agrarproduktion in den letzten Jahren und ihre Bedeutung für den Klassenkampf des Proletariats gab er eine Darstellung der tschechoslowakischen Bodenreform und eine eingehende Kritik derselben. Die Debatte hierüber wird morgen abgeführt werden.

Inland.

Deutschdemokratischer Parteitag. Letzten Samstag und Sonntag fand in Ruffin der Parteitag der deutschdemokratischen Freiheitspartei statt. Den Vorsitz führte der Fabrikant Fritz Wolfrum, der in seiner Eröffnungsrede bezeichnenderweise erklärte: „Alle Stände- und Klassenrücksichten müssen heute zurückgestellt werden, um die notwendige fruchtbringende Arbeit zu vollbringen.“ Die fruchtbringende Arbeit waren zwei Tage lang einige formvollendete Reden, die nur so von Freiheit, Demokratie, echt nationaler Gesinnung und Fürsorglichkeit triefen. Den Geschäftsbericht erstattete Generalsekretär Meizer. „Die Partei hat heute 71 tätige und lebendige Organisationen.“ Hierauf legte Herr Benker sein demokratisches Bekenntnis ab, wie auf Herr Abgeordneter Kaska ein Loblied auf die freie Wirtschaft sang. Senator Spiegel hielt ein Referat über die nationalpolitischen Richtlinien der Partei. Er sagte: „Wir müssen unser Deutschtum erklären, denn wenn es auch viele Parteien gibt, die sich deutsch nennen, so verstehen doch nicht alle das Deutschtum in gleicher Weise. Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei ist nur deshalb eine deutsche Partei, weil sich die tschechische Sozialdemokratie schon im alten Oesterreich von der Internationale abgesondert hat.“ Eine sonderbare Auslegung des deutschen Charakters unserer Partei, wenn wir auch Spiegel beipflichten, daß wir unter deutsch etwas anderes verstehen wie seine Parteifreunde. Professor Kaska befahte sich am Sonntag mit der sogenannten Einheitsfront der deutschen Parteien und ließ es nicht an Vorwürfen an die deutsche Sozialdemokratie fehlen. Er hat am Montag von Dr. Czech in Tetschen eine klare und eindeutige Antwort erhalten. Er wird auch einsehen, daß seine, von den versammelten Fabrikanten und Händlern so beifällig aufgenommene Erklärung, daß die deutschen Arbeiter einmal mit den deutschen Fabrikanten und Händlern zusammengehen werden, eine höchst irrige ist. Auch auf seine un-

verschämte Behauptung, daß unsere Haltung bei der Mobilisierung unaufrichtig und zweideutig war, hat ihm Dr. Czech in seiner montägigen Rede aufrichtig und eindeutig geantwortet. Was sonst diese kleine Partei auf ihrem Kongreß an Worten verloren hat, ist nicht nötig, festzuhalten. Selbst die schönsten Phrasen ihren Klassen-Selbst die schönsten Phrasen können ihren Klassencharakter nicht verdecken.

Abgeordnetenhaus.

Budgetauschuss.

In der gestrigen Sitzung des Budgetauschusses wurde zunächst die Regierungsvorlage betreffend der Bewilligung auf die Beschaffung von Ausrüstungen für die Armee im Betrage von 500 Millionen Kronen verhandelt. Die Vorlage wurde angenommen! Ferner wurden der Regierungsentwurf auf die Regelung der Wechselgebühren mit einigen kleinen Abänderungen, ebenso die Regierungsvorlage Abänderungen der Regelung der Gerichtsgebühren angenommen. Die nächste Sitzung des Budgetauschusses findet am Donnerstag, den 15. d. M. um 10 Uhr vormittags statt.

Ausland.

Zaristische Gesetze gegen Arbeiter in Polen.

Wie tief Polen schon gesunken ist, beweist die unglaubliche Tatsache, daß man dort Anbelsparagrafen des zaristischen Strafbuches ausgräbt, um den Kampf der organisierten Arbeiterschaft für ihre primitivsten Rechte zu ersticken. Die achte Kriminalsektion des Warschauer Bezirksgerichtes verurteilte nämlich den Vorsitzenden des Landarbeiterverbandes Kapinski zu drei Jahren Gefängnis wegen Anstiftung eines Landarbeitertreiks im März 1921 im Kreise Grojec, nachdem seitens der Einigungscommission ein Schiedsspruch erfolgt war. Die Angelegenheit wurde dadurch prinzipiell verschärft, daß der Staatsanwalt die Anklage auf Artikel 308 und 129 des Strafgesetzbuches stützte, welche gemäß dem ehemaligen zaristisch-russischen Recht in der Strafkategorie an sich ein Kriminalverbrechen erblickten. Angesichts der Tatsache, daß das polnische Arbeitsministerium das Organisationsstatut des Landarbeiterverbandes bestätigt hat, worin die gegenseitige Unterstützung im Falle des Streikes als eines der Organisationsziele ausdrücklich aufgeführt wird, entstand mithin die Frage: Ist in Polen streikmäßige Arbeitseinstellung legales Mittel des sozialen Kampfes oder ein Verbrechen? Das Bezirksgerichtsurteil spricht sich für letztere Auffassung aus. Das ist das Schicksal der Arbeiterschaft in einem Lande, wo deren berufene Vertretung, die Sozialdemokratie, statt zum internationalen Proletariat zu halten, verblendet am Siegeswahn des Nationalismus und der patriotischen Phrase zieht und so der Bourgeoisie zur unumschränkten Macht verhilft. Der Fall mag Arbeiterparteien, welche in ähnlicher Weise alle Wünsche des arbeitenden Volkes durch die erfüllte Nationalstaatsidee erfüllen wäghen, zur warnenden Mahnung dienen.

Gedenket des Fonds für euer Zentralorgan!

Tages-Neuigkeiten.

Bitterer Valutahumor. Ein Wiener Montagblatt tißte seinen Lesern einige Valutaserze auf: In einer Anzeige sucht das Blatt mehrere Teilhaber zum Ankauf eines Cies. Die Zuschriften für das riskante Projekt werden unter der Chiffre „Früh gelegt ist halb gewonnen“ an die Expedition erbeten. Schweizer Einkäufer gibt das Blatt den Rat, in dem „Schieberzug“ Wien-Zürich einige Dubend Flaschen Gumpoldskirchner zu trinken und die geleerten Flaschen in ihren Handtaschen mitzunehmen. In Zürich bekommen sie dann für jede leere Flasche 50 Centimes oder rund 700 Kronen. Da die Flasche Gumpoldskirchner in Oesterreich aber nur 500 Kronen kostet, so haben die glücklichen Reisenden nicht nur Wein umsonst getrunken, sondern auch noch oben-

drein an jeder Flasche 100 Kronen verdient. Sicherlich kein schlechtes Valutakunststück! Schließlich „berichtet“ das Blatt das folgende Scherzchen, das der Wirklichkeit nicht allzuviel voraneilt. Bei Sacher sitzt ein Amerikaner. Er hat ein Glas Cognac getrunken und mit einem Dollar bezahlt. Der Ober gibt ihm 2000 Kronen heraus. Vor dem Fortgehen bestellt der Amerikaner noch einen Mokka. Als er 500 Kronen dafür bezahlen will, legt ihm der Ober seinerseits 500 Kronen auf den Tisch. Wie — fragt der Amerikaner — ich habe doch noch den Mokka zu zahlen und Sie geben mir noch einmal 500 Kronen? Schon richtig, erwidert der Ober, der Dollar ist inzwischen wieder um 1000 gestiegen.

Erhöhung der Posttarife in Deutschland. Noch ehe die vor Kurzem beschlossenen neuen Post- und Telegraphentarife durchgeführt worden sind, hat das Reichspostministerium eine weitere Erhöhung vorgeschlagen, die jedoch vom Reichstag bestritten wurde; die Postgebühren werden auf das Zwanzigfache der Friedenssätze erhöht. Diese Ziffern tragen der Forderung der Entente Rechnung, daß die Staatsbetriebe, wie Post, Eisenbahn u. dgl. sich selbst erhalten müssen. Ebenso gewiß bedeuten sie eine schwere Belastung des privaten und öffentlichen Verkehrs und kommen einer besonders die Kleinen Existenzen treffenden, undifferenzierten indirekten Steuer gleich. Es ist bezeichnend, daß die Reichsregierung gerade auf dieser Seite die Forderungen der Entente viel prompter erfüllt als betreffs der Erfassung der Sachwerte und der großen Besitz Steuern. Es funktioniert eben nichts so gut wie der Klasseninstinkt.

Niederlage der Kommunisten. Die „Nova Doba“ veröffentlicht das Gesamtergebnis der Wahlen in die Generalversammlung der westböhmischen Konsumgenossenschaft in Bilfen, die die größte Arbeitergenossenschaftsunternehmung in Westböhmen mit 75 Filialen und mit 66 Millionen Re Jaarsumsatz ist. An den Wahlen nahmen die Sozialdemokraten und die Kommunisten teil. Nach den eingelangten Wahlergebnissen erhielten die Sozialdemokraten 425 Stimmen und wurden durch 218 Delegierte vertreten sein. Für die Kommunisten stimmten 422, die 2 Delegierte erhielten. In Bilfen selbst wurden 60 sozialdemokratische Delegierte und kein Kommunist gewählt.

Ein Auswandererwahn. Der Arbeiter Stefan Tomasein aus dem Sarosjer Komitat zeigte am 7. September der Polizei an, daß ihm ein unbekannter Täter 370 Kronen unter dem Vorwande entlockt habe, daß er Kleinschloß brauche, um sein Gepäck am Masarnbathhofe auszuladen. Am nächsten Tage bemerkte Tomasein den Betrüger am Masarnbathhofe und ließ ihn verhaften. Es wurde festgestellt, daß der Betrüger, namens Anton Sidala, wiederholt von Auswanderern aus der Slowakei unter dem Vorwande, daß er ihnen Papiere für die Reise nach Amerika verschaffen wolle, Geld entlockt habe. So hat er am 5. Oktober dem Stefan Ripka Sachen im Betrage von 2000 Kronen abgenommen und später der Marie Rnath Sachen im Werte von 3000 Kronen entlockt. Außerdem versuchte er von zwei Geschäftsleuten in Risow einen Wagon mit Haut unter dem Vorwande zu entlocken, daß er ihnen billigen Wein liefern werde. Er wurde dem Landesstrafgerichte eingeliefert.

Verhütet. Wie aus Neustadt bei Elbogen berichtet wird, sind im dortigen Konkordia-Tagbau zwei Häuser verschüttet worden. Einer derselben, Adolf Cberl, konnte nur mehr als Leiche geborgen werden, der zweite, Her-

mann Starl aus Grafenau, ist schwer verletzt. — Im staatlichen „Julius II.“-Schacht bei Brüx gerieten Samstag sieben Bergarbeiter durch Eindringen von giftigen Gasen in Erstickungsgefahr. Sie wurden im bewußtlosen Zustande zutage gefördert und erholten sich nach ärztlicher Hilfeleistung so weit, daß weitere Gefahr beseitigt erscheint.

Ein Lehrer ermordet und beraubt eine Lehrerin. Das „Kofke Slovo“ meldet: In der Nacht auf Sonntag wurde die Industriallehrerin i. R. Fräulein Prochazka in Luzna bei Rakonitz von einem Räuber durch Verträmmung des Kopfes getötet. Der Räuber, der sich bloß Bargeld angeeignet und den Schmutz unbeachtet ließ, wurde in der Person des Lehrers Janouschek aus Luzna eruiert und verhaftet. Das Haupt der ermordeten Lehrerin war mit Paprika überhäufet und an den Kleidern des Mörders wurden nebst Blutflecken auch Paprikaspuren aufgefunden. Geraubt wurden etwa 200 Kronen.

Der Freistaat Irland.

Widerstand Ulsters.

London, 12. Dezember. Der Premierminister von Ulster Craig erklärte heute im Unterparlamente, die Lage sei sehr ernst, Ulster sei entschlossen, keinen Zollbreit von dem Wege abzugehen, den es sich vorgezeichnet habe. Craig beschuldigte Lloyd George, sein Versprechen nicht gehalten zu haben. Wir wurden in den Vertrag nicht einbezogen, wir wurden nicht aufgefordert, den Vertrag zu unterzeichnen. Der Vertrag erfüllt nicht das feierliche Versprechen, daß die Rechte Ulsters nicht beeinträchtigt oder geopfert werden sollen.

Die Unruhen in Indien.

London, 13. Dezember. (Wolff.) Die Blätter enthalten Berichte aus Indien, die auf eine Verschärfung der Unruhen hindeuten. Der größte Teil der Einwohner von Allahabad beteiligte sich an dem Empfang des Prinzen von Wales nicht. Allahabad blieb trotz seiner Einwohnerzahl von 150.000 während der Fahrt des Prinzen durch die Straßen einer toten Stadt. Der Verkehr ruht vollständig.

Steigerung der ausländischen Valuta an der Berliner Börse.

Berlin, 13. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) An der heutigen Börse setzte wieder ein Umschwung auf dem Devisenmarkt ein. In hiesigen Bankkreisen war man der Ansicht, daß die Abwärtsbewegung der ausländischen Zahlungsmittel am gestrigen Tage übertrieben war. Der Dollar ging heute von 168 auf 189, das englische Pfund von 700 auf 794, die tschechische Krone von 202 auf 228 hinauf.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Der unverwütlliche



407 Kautschuk Schuhabsatz!

Lockerer, seidiges Haar

durch regelmäßiges Kopfwaschen mit

„Elida“ Shampoo



427

Liga ist die führende Tafel-Margarine

392

Solide Optik, Ausführung ärztl. Rezepte.
M. DEUTSCH 290
 Optiker u. Mechaniker, Prag I., Graben 25.
 (Kleiner Bazar.)

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Ein- und Ausfuhr der Tschechoslowakei. Der Nummer 14 der „Mitteilungen der Station für wirtschaftliche Berichterstattung“ zufolge wurden in den ersten neun Monaten dieses Jahres in die Tschechoslowakei 29.778.031 Meterzentner eingeführt, und ausgeführt 73.523.250 Meterzentner. Die Höchstmengen der eingeführten Waren entfällt auf Deutschland mit 13.890.056 q (46,64 %), es folgen die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit 8.115.569 q (10,44 %), Oesterreich mit 2.243.059 q (7,53 %), Magyarien mit 2.010.200 q (6,75 %). Auch bei der Ausfuhr entfällt die größte Menge auf Deutschland und zwar 26.980.292 q (36,70 %), es folgen Oesterreich mit 25.785.571 q (35,07 %) und Magyarien mit 10.700.527 q (14,55 %). Diese amtlichen Angaben beweisen mit unübertrefflicher Deutlichkeit, welchen Schicksalsbündel die leitenden Staatsmänner und Parteien der Republik begeben, wenn sie ihr ganzes Sinnen und Trachten auf die Freundschaft mit Frankreich und — man denke an Oberschlesien! — auf die antideutsche Einreisepolitik einstellen. Wirtschaftlich, d. h. also dem eigentlich lebenspendenden Elemente nach, ist das Schicksal der Tschechoslowakei mit jenem Deutschlands auf Heil und Verderben unlösbar ver-

knüpft. Deutschland schwächen, bedeutet für die tschechischen Wirtschaftspolitiker, den eigenen Selbstmord planmäßig vorbereiten. Holzaustruhr. Im Jahre 1920 wurden laut amtlicher Angaben aus der Tschechoslowakei 8.591.587 Meterzentner Holz im Werte von 703.836.167 K ausgeführt. Davon entfallen auf Bau- und Nutzholz (unbearbeitet) 504.168 q im Werte von 91.730.125 K, auf Schnittholz 3.024.576 q im Werte von 454.641.856 K, auf Brennholz 2.331.763 q im Werte von 62.957.601 K und auf Grubenholz 1.002.761 q im Werte von 36.096.635 K.

Große Ausperrungen in Berlin. Die Bauarbeiter haben durch ihre Gewerkschaften Lohnforderungen erhoben und zu deren Unterstützung bei einzelnen Bauten abwechselnd gestreikt. Zur Strafe haben die Unternehmer im Tarifgebiet Großtermin zehntausend Arbeiter ausgesperrt. Und das soll jemand sagen, daß die schönen Zeiten des anmaßendsten Unternehmertums in Deutschland vorbei sind!

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 307,8, 100 Mark 48,40, 100 Schweiz. Franken 1929, 100 Lire 281, 100 franz. Franken 676 1/2, 1 Pfund Sterling 852, 1 Dollar 814, 100 belg. Franken 619 1/2, 100 Peso 1222 1/2, 100 Dinar 123 1/2, 100 Pes. —, 100 öst. Kronen 1.02, 100 ung. Kronen 15.02 1/2 Kr.

Literatur.

Die „Mitteilungen der Station für wirtschaftliche Berichterstattung beim Statistischen Staatsamt“ bringen in ihrer neuesten (14.) Nummer Daten über den auswärtigen Handel der wichtigsten Staaten im Jahre 1920 im

Vergleich mit dem Jahre 1918, ferner über Großbritannien während der ersten 10 Monate des Jahres 1921, über die Ein- und Ausfuhr der Tschechoslowakei vom Jänner bis September 1921, über den Wert des im Jahre 1920 ausgeführten Holzes, übersichtliche Daten über die Eisenindustrie in Kanada u. a.

Die „Konsumgenossenschaft“ vom 1. Dezember enthält folgende Artikel: Indirekte Steuern. Ausplünderung der Konsumenten durch den Staat. — Franz. Soudinier f. Biographisches. — Zur Umfassener. — Aus der Konsumgenossenschaftlichen Praxis: Die Warenrechnung. Von R. K. Meerwald, Arman. — Die genossenschaftliche Erziehung in der Schule. Von Wilhelm Spangenberg. — Revue: Die englische Genossenschaftsbewegung. Von Emms freundlich, Wien. (Fortsetzung.) — Ferner die reichhaltigen Rubriken: Vom Tage. — Aus den Konsumvereinen. — Ausländische Genossenschaftsbewegung. — Ankündigungen der Konsumvereine.

Aus der Partei.

Gewerkschaftsartikl in Leitmeritz. Donnerstag, den 15. Dezember um 7 Uhr abends findet im Vereinszimmer der Oberrestauration in Leitmeritz eine Sitzung statt, zu der die Vertrauensmänner bestimmt erscheinen mögen.

Kunst und Wissen.

Neues deutsches Theater. Heute Mittwoch „Narakauben“; Donnerstag, 15. Dezember „Koffmanns Erzählungen“; Freitag, 16. Dezember Gastspiel Konstantin-Grünberg, zum ersten Male „Ballerine des Königs“; Samstag, 17. Dezember zum ersten Male „Christelklein“; 10 Uhr Gastspiel Konstantin-Düttig „Das Glas der Jungfrau“; Sonntag, 18. Dezember, halb 3 nachm. „Tanzgräfin“, abends Gastspiel Konstantin-Grünberg „Ballerine des Königs“.

Turnen und Sport.

Städteftspiel Prag-Bilsen. Prag fecht 5:2, Halbzeit 2:0, Spen 3:7. Die Prager traten mit einer anderen Mannschaft an, als diese von den Zeitungen vorausgesetzt war: Chana (Slovja), Nihil (Sl.), Soyer (Sparta), Seifert (Victoria), Dajny (Vikt.), Wita (Union), Sedlocef, Janda, Meduna (alle drei Sp.), Brokop (Vikt.), Mojal (Sp.). — Das Spiel leitete einwandsfrei Schiedsrichter Ed. Praus. Jedes ca. 7000 Personen. Bilsen hat Anst. B. Wita übernimmt, gibt Mojal ab, Janda schießt den schön vorgelegten Ball in der 1. Min. Die Aufstellung der Prager Mannschaft bewährt sich sehr gut, und bereits in der 4. Min. kann Meduna einen von Janda schön vorgelegten Ball zum zweitenmal in der Mitte des Torraums gegen Prag und Bilsen bringen keinen Treffer. Auch die Bilsener Verteidigung bewährt sich recht gut. Die Prager Stürmerreihe verschiebt viel, auch Bilsen leistet sich einen Stangenschuß. Offenes Spiel, Bilsen erzielt 4 Ecken gegen Prag. Zum Schluß der ersten Halbzeit wird Prag belagert, doch hat Bilsen keine Schützen. Chana kann alle Bälle leicht abfangen. Nach je eine Ecke gegen Prag und Bilsen und die erste Halbzeit endet mit 2:0 für Prag. Nach der Pause gelingt es in der 2. Min. Brokop, im Alleingang das dritte, und in der 14. Min. Janda einen von Sedlocef vorgelegten Ball zum viertenmal zu buchen. Knapp nach Anstoß scort Brokop wunderschön zum fünften Male. In der nächsten Minute erzielt Bilsen aus einem Eifer wegen Kond den ersten und in der 27. Min. durch Chanas Schuß den zweiten Treffer. Den Rest der Spielzeit ist Bilsen überlegen. Schönes, faired Spiel.

Herausgeber:

Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
 Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
 Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

VORNEHME HERRENSCHNIFDEREI NACH MASS
 AUS EIGENEN UND MITGEBRACHTEN STOFFEN
MAISON LOUVRE
 PRAG, NARODNI TRIDA 20
 STETER FINGERSCHNITT VON NEUHEITEN
 TELEPHON: 7863 4648
 ERSTKLASS. SCHNITT UND VERARBEITUNG
 147

CAFÉ ELEKTRA
 PRAG-WEINBERGE,
 beim Museum, neben dem Deutschen Theater.
 TREFFPUNKT DER GENOSSEN
 Telephon 4854. 268

Mehlwürmer
 per Schock 2 Kš liefert
 nur per Nachnahme nicht
 unter 10 Schock Josef
 Hampl in Neusattel
 531, b. Elbogen. 242

Stellen-Ausschreibung.
 Die Bezirksverwaltungscommission in Tetschen besetzt die Stelle eines
Kontrollorganes
 über die finanzielle Gehabung der Gemeinden auf ein Jahr provisorisch mit dem Grundgehalte und allen Zulagen die das Gesetz vom 7. Oktober 1919 Nro 541 bzw. 15. April 1920 Nro 312 bestimmt.
 Die Bewerber, nicht über 35 Jahre alt, haben ihre mit dem Nachweise über die Ablegung der 3 juristischen Staatsprüfungen oder Erreichung des Grades eines Doktors der Rechte, über den Gesundheitszustand, Sprachenkenntnisse, Unbescholtenheit und bisherige Verwendung versehenen Gesuche bis zum 2. Jänner 1922 einzubringen.
 Bezirksverwaltungscommission in Tetschen,
 am 9. Dezember 1921.
 Der Vorsitzende: Bruno Grund.
Genossen! Leset und verbreitet euer Zentralorgan!

Arbeiter, Parteigenossen!
 Verlangt in allen Lokalen, in denen ihr verkehrt, den „Sozialdemokrat“.

Reserviert für
MERL & WEISS
 FACHMANN. BURO-EINRICHTUNGEN
 PRAG, NARODNI 23a.
 141

F. ŠTASTNÝ, Speditour, Prag
 Václavské nám 57.
 Spedition aller Art, Verzollungen
 eigene grosse Lagerräume
 Möbeltransport per Bahn und
 Achse ohne Umladung. —
 Speditours der „Grasslkaufgesellschaft“ Prag.

Etamine
 und
Stickerelen
 en gros und en detail
EDMUND PICK,
 PRAG I.,
 Altstädter Ring 24.
 271

ECHTER NUSSLIKÖR:
MAGENOL.
 FABRIK FEINSTER LIKÖRE
 WILHELM LÖW, BRÜNN
 121

EGGER & CO.,
 PRAG-KARLIN, Královská tř. 14.
 FABRIK PHARMACEUTISCHER ZUCKERWABEN.
 Eggers Milch- und Kaffeearamellen,
 Eggers 140er Peppermint 87
 in allen Konsumvereinen erhältlich.

Besuchet alle die
WEIHNACHTSOKKASION
 von
OTTO KATZ,
 Weberei- u. Wäschefabrik, Prag, Celetná 14
 407
 Reste:
 Paket A 10 m Flanell und Barchent K 110.—
 Paket B 15 m Blusenbarchent und Handenflanell K 190.—
 Paket C 20 m Barchent, Flanell und Webe K 250.—
 Paket D 20 m eigene schöne ausgesuchte Ware K 350.—

Wir erzeugen wieder feinste
Theemargarine „SANA“
 und vorzügliche
Tafelmargarine „AXA“
 den besten, altbewährten Butterersatz der Neuzeit in Friedensqualität.
Sana Ges. m. b. H., Prag-Bloubělín
 Půjčovní 2. 269

KNAB
 en Marineanzüge bis 12 Jahre von Kš 144.
KNAB
 en Sportanzüge bis 12 Jahre von Kš 150.
KNAB
 en Westenanzüge mit Wollserge und kurzer Hose bis 15 Jahre von Kš 270.
KNAB
 en Westenanzüge mit Wollserge und langer Hose bis 18 Jahre von Kš 320.
KNAB
 en Raglans bis 12 Jahre von Kš 240 bis 18 Jahre von Kš 290.
KNAB
 en Winteröcke bis 12 Jahre von Kš 270.
KNAB
 en Lederanzüge von Kš 700, Lederhosen von Kš 330.
KNAB
 en Anzüge aus sehr dauerhaften Sammtkord von Kš 270.
KONFEKTIONSHAUS
Sigmund Stránský,
 PRAG, Hybernská.
ALTE PREISE!
 Die 2% Umsatzsteuer trägt die Firma selbst.